Anti-Kriegs-Aufgebot der „Arbeiter-Zeitung" bis 15. August

Arbeiter-Zeitung

A

Mittwoch, den 20. Juli 1932.
14. Jahrgang Nr. 168

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erschei... Wöchent... 50 Pf. Botenloh... Post bezogen monatlich ...enpreis: Die zehngespalt... 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsa...: Die dreigespaltene Millimeterzeile od... 10 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpediti... Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 89.

Belegschaftsversammlung der Fuchsgrube beschließt:

Antifaschistische Aktion gegen Bergarbeiterelend

'„Jede Feierschicht, die von den Unternehmern aufgezwungen wird, mit Demonstrationskundgebungen zu beantworten" — Einheitsausschuß aus 20 Kameraden der verschiedenen Organisationen gewählt
Jede Schachtanlage muß Delegierte zur Einheitskonferenz am 24. Juli entsenden!

Waldenburg, 19. Juli. In der am 18. Juli vom EVBD. einberufenen Belegschaftsversammlung referierte Kamerad Bedner, Dittersbach. Er sprach über die Verschlechterungen im Betriebe und über den Unternehmer- und Faschistenterror. In der roten Einheitsfront, die sich gegen den Faschismus bildet, fehlen immer noch die Betriebe. Gen. B. forderte auf, endlich auch im Betriebe die rote Einheitsfront herzustellen. Denselben Appell richtete auch ein Erwerbsloser an die Kameraden. Erwerbslose und Betriebsarbeiter müssen Hand in Hand kämpfen gegen Faschismus und Unterstützungsraub. Kamerad Ernst forderte auf, an der am 24. Juli in der Stadtbrauerei stattfindenden Revier-Konferenz teilzunehmen. Ein Kamerad sprach noch besonders über den Betriebsfaschismus.

Eine Resolution gegen faschistischen Mordterror und Lohnraub folgenden Wortlautes wurde einstimmig angenommen:

Entschließung

„Die am 18. Juli 1932 im Deutschen Haus in Weißstein tagende Belegschaftsversammlung der Fuchsgrube nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem neuen Mordüberfall der braunen SA.-Banden auf den Genossen Geißwinkler in Reußendorf. Die Ueberfälle auf die Arbeiterschaft in Schmiedeberg, Ohlau, Gnadenfrei, Spandau, Reußendorf, die Ueberfälle auf die Gewerkschaftshäuser und auf Redaktionen der Arbeiterzeitungen, in Halle, Frankfurt, Berlin usw. zeigen, daß es die Hitlerfaschisten auf die Niederschlagung der Arbeiterschaft und die Vernichtung ihrer Organisationen und Einrichtungen abgesehen haben.

Dieser Mordterror der Hitlerbanditen soll die Durchführung weiterer Elendsmaßnahmen der Papenregierung und der Kapitalisten ermöglichen. Mit Hilfe dieser Mordorganisationen sollen die letzten Reste der Sozialversicherung und der Tarifverträge beseitigt werden.

Die Organisierung der Einheitsfront aller Bergarbeiter gegen den faschistischen Mordterror, gegen jede weitere Verelendungsmaßnahme, gegen die Antastung der Tarifverträge, für die Freiheit der Arbeiterklasse ist das Gebot der Stunde.

Die Versammlung begrüßt die Initiative der Kameraden aus dem EVBD. und der RGO. zur Herstellung der roten Einheitsfront der Bergarbeiter. Die Versammelten geloben alles daran zu setzen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kumpel in die Antifaschistische Aktion eingereiht ist. Der antifaschistische Massenselbstschutz und die Bildung eines Einheitsausschusses für die Fuchsgrube wird sofort vorgenommen.

Der Einheitsausschuß wird beauftragt, sofort beim Betriebsrat vorstellig zu werden und zu fordern, daß die Betriebsräte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Bildung der Einheitsfront vorwärts treiben. Die Betriebsräte sollen sich geschlossen an der Einheitskonferenz am 24. Juli 1932 beteiligen.

Desgleichen geht die Aufforderung an alle Mitglieder der Bergarbeiterorganisation in den Versammlungen ihrer Zahlstellen und Schachtgruppen Stellung zu nehmen und mitzuhelfen, die Einheitsfront herzustellen.

Jeder neue Mordterror der Nazifaschisten muß in Zukunft mit dem politischen Massenstreik der Belegschaft beantwortet werden. Desgleichen sind die kommenden Feierschichten für die Vorbereitung des Kampfes der Bergarbeiter auszunützen, für die Durchführung der Forderungen der Bergarbeiter. An der nächsten Feierschicht muß der Einheitsausschuß die Belegschaft der Fuchsgrube bereits zu einer Demonstrationskundgebung aufrufen."

Diese Belegschaftsversammlung widerspiegelte die wachsende Kampfbereitschaft gegen SA.-Terror, Lohnabbau und Feierschichten. Der Beschluß der Fuchsgrube:

„Jede Feierschicht, die von den Unternehmern aufgezwungen wird, mit Demonstrationskundgebungen zu beantworten", darf nicht auf dem Papier stehen bleiben; muß für alle Belegschaften wegweisend sein. Antifaschistische Aktion heißt auch Kampf gegen die Feierschichten, die in den Bergarbeiterfamilien die Elendslage verschärfen. Der gewählte Einheitsausschuß aus 20 Kameraden der verschiedenen Organisationen — muß die in der Entschließung gestellten Aufgaben sofort zur Durchführung bringen.

Welche Belegschaft machts nach?

Auf dem Hans-Heinrich-Schacht wurden an einem Tage 75 Broschüren vom Internationalen Kohlenarbeiterkongreß verkauft. Kameraden und Funktionäre des EVBD. organisiert und steigert den Vertrieb von Massenbroschüren, weil sie einen wichtigen Faktor in der Steigerung des Klassenbewußtseins und der antifaschistischen Kampfkraft bedeuten.

KPD.-Zeitung verboten

Halle, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat den „Klassenkampf" für drei Tage verboten. Die Begründung ist ungeheuerlich. Der „Klassenkampf" ist verboten worden, weil er aus einer Rede Ernst Thälmanns einen Satz zitiert hat:

„Wenn der 31. Juli von den Kommunisten in den Dienst der Massenmobilisierung für den „außerparlamentarischen Massenkampf" gestellt werden soll."

16 Tote in Altona

Altona, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Zahl der Todesopfer ist auf 16 gestiegen. Weitere drei Personen befinden sich noch in äußerster Lebensgefahr. Ein neuer Beweis für die Bewaffnung der Nazis ist, daß auf einem Lastwagen, auf dem die SA. von Altona nach Itzehoe fuhren, nicht weniger als 25 Revolver gefunden wurden.

Genosse Geiswinkler
seinen schweren Verletzungen erlegen

In der Nacht von Sonntag zu Montag wurden der Genosse Hermann Geiswinkler sowie der Reichsbannerarbeiter Konrad Dinter aus Reussendorf, Kreis Waldenburg, von der braunen Mordpest überfallen, und Geiswinkler wurde durch einen Brust- und Bauchschuß schwer verletzt. Genosse Geiswinkler, Mitbegründer der KPD.-Ortsgruppe Reussendorf, ist gestern früh im Waldenburger Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Wir senken die roten Fahnen der Antifaschistischen Aktion, und alle Antifaschisten geloben, mit Leib und Leben, mit ihrer ganzen Kraft einzustehen für den antifaschistischen Massenkampf, gegen den faschistischen Mordterror!

Altona!

Ein Appell an die deutsche Arbeiterklasse

Eggerstedt heißt der Polizeipräsident von Altona. Ein Sozialdemokrat, früher Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter der SPD. Sein Name wird in der blutigen Chronik der deutschen Arbeiterbewegung unmittelbar neben dem Namen Zörgiebels stehen. Denn Eggerstedt trägt die volle Verantwortung für die Blutopfer des 17. Juli!

Eggerstedt, der Sozialdemokrat, mußte, was die braunen Mordbanden Hitlers mit ihrem Aufmarsch in die rote Altstadt von Altona beabsichtigen. Darüber berichtet sogar der „Vorwärts" (Abendausgabe 18. Juli):

„daß die Veranstalter der Demonstration von der Polizei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß ein Umzug durch das übelbeleumdete (!) Viertel der Altstadt von Altona recht bedenklich sei. Die Veranstalter bestanden jedoch darauf, da sie durch die anderen Stadtteile von Altona bereits gezogen seien, nun aber dort hingehen wollten, wo der Gegner sitze".

Die braune Kanaille scheute sich also gar nicht, vor dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ihre Pläne zu enthüllen: sie wollten den Gegner aufsuchen! Und Eggerstedt, der Sozialdemokrat, hat ihnen dennoch die Provokation erlaubt! Ja, er hat die Provokation der braunen Mordpest unterstützt durch ein riesiges Aufgebot von Polizeitruppen samt Maschinengewehren und Panzerwagen!

Schon diese Tatsache genügt, um die Anklage gegen Eggerstedt zu erheben: er ist verantwortlich für das Blut der erschossenen und verwundeten Arbeiter!

In Altona hat sich wiederholt, was man in Berlin „das Wunder vom 1. Mai" nennt. Denn wie am 1. Mai 1929, so wurde angeblich der Demonstrationszug — Polizei und Faschisten — in der Altstadt von Altona von der Arbeiterschaft aus Fenstern und von den Dächern herab beschossen. Jawohl, die sagenhaften „Dachschützen" aus Zörgiebels Kriegsberichten sind in Altona wiederauferstanden! Aber genau wie bei Zörgiebels 1. Mai wurde trotz dem „mörderischen Feuer" der Arbeiter kein Polizeibeamter getroffen, auch keiner der faschistischen Teilnehmer an der Demonstration! Das hebt der „Vorwärts" ausdrücklich hervor:

„Kein einziger Teilnehmer des Zuges ist verletzt oder gar getötet worden."

Das „Wunder" von Altona ist genau so zu erklären wie Zörgiebels Mai-Wunder: die Berichte über „Dachschützen" und über die ganze „Bürgerkriegsaktion" der Kommunisten sind Schwindel, infamster Schwindel!

Eggerstedt, der Sozialdemokrat, hat sich flugs eine „Erklärung" für dieses Wunder zurechtgedichtet:

Die Blutbilanz:

Seit dem 1. Januar 1932 in Schlesien 23 Mordüberfälle der System-Armee auf Antifaschisten, 9 Tote, 49 Schwerverletzte (davon noch 8 in Lebensgefahr), 136 Verletzte.

29. 1. Saarau: Die Arbeiter Plüschke und Adler erschossen.
29. 1. Waldenburg: Ein Reichsbannerkamerad verletzt.
12. 2. Kottwitz: Drei Arbeiter verletzt.
15. 2. Bankau: Arbeiter A. Bassy erschlagen, sein Vater schwer verletzt.
19. 2. Schweidnitz: Reichsbannermann Klingel schwer verletzt und 16 Arbeiter verwundet.
6. 3. Breslau: Gastwirt Barisch erschossen.
10. 3. Breslau: RB.-Arbeiter Günther (Vater) schwer verletzt.
11. 3. Fellhammer: Berghauer Adolf Schmidt erschossen, drei Verletzte.
12. 3. Görlitz: Zwei Rote Sportler schwer, zwei leicht verletzt.
16. 3. Strehlen: Zwei Arbeiter schwer, acht leicht verletzt.
5. 4. Breslau: Acht Reichsbannerarbeiter schwer, acht leicht verletzt.
5. 6. Oppeln: Arb. J. Sieger erschlagen, ein Schwerverletzter,
22. 6. Breslau: Ein Reichsbannerkamerad schwer, sechs leicht verletzt.
22. 6. Breslau: Reichsbannerkamerad Günther (Sohn) und zwei Kommunisten schwer verletzt.
29. 6. Schönau: Sechs Männer und Frauen schwer, 20 leicht verletzt.
4. 7. Breslau: Zwei Jungarbeiterinnen angeschossen, zwei Schwer- und fünf Leichtverletzte.
9. 7. Schmiedeberg: Ueberfall auf SAJ.-Lager, vier Verletzte.
10. 7. Ohlau: Ein Arbeiter erschossen, 16 schwer, 35 leicht verletzt.
10. 7. Hindenburg: Zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt.
10. 7. Gnadenfrei: Arbeiter Hentschel erwürgt, zwei schwer, fünf leicht verletzt.
11. 7. Kanth: Reichsbannermann Tille erschlagen.

„Die Polizei sei zumeist von oben herab beschossen worden, was aus zahlreichen Schußspuren deutlich hervorgehe, die in der Kleidung der Beamten vorhanden seien. Aus diesem Grunde seien die Beamten auch meist unverletzt geblieben."

Jedes Wort trägt den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn. Welcher Zauber hatte denn die Polizeibeamten gegen die Kugeln der „Dachschützen" gefeit? Wieviele wurden überhaupt verletzt? Der „Vorwärts" sagt: keiner! Eggerstedt sagt: „zumeist unverletzt"!

Sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter sind unter den Toten von Altona! Getroffen von den Kugeln der Polizei, die von Eggerstedt kommandiert wurde! Der Tod ereilte den einen, als er über die Straße ging, den anderen als er das Fenster schließen wollte!

Die Totenliste von Altona zeugt gegen den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eggerstedt und gegen die schamlose Hetze der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse gegen die Arbeiterschaft. Erschossen wurden Frauen, die am Tisch saßen oder im Laden standen, erschossen wurden Arbeiter, die über die Straße gingen oder das Fenster schließen wollten. Lauter harmlose Passanten! Wo sind denn da die „bewaffneten Kämpfer", welche angeblich die Polizei des Sozialdemokraten Eggerstedt „unschädlich" machen mußte?

Mit uns erheben Millionen deutsche Arbeiter die Anklage gegen den Polizeipräsidenten Eggerstedt als dem Verantwortlichen an dem Blutbad von Altona! Mit uns werden auch die sozialdemokratischen Arbeiter Anklage erheben müssen nicht nur gegen Eggerstedt, sondern gegen die Politik ihrer Führer, die als Beschützer des Faschismus auf die Arbeiterschaft schießen lassen.

Denn Eggerstedt ist nur einer von den vielen, nur einer der Träger sozialdemokratischer Politik, die dem Faschismus dient! Der sozialdemokratische Bürgermeister von Staßfurt, der die Verantwortung trägt für die Erschießung der zwei antifaschistischen Arbeiter, der sozialdemokratische Landrat Kaiser, der für das Blutbad von Langenselbold verantwortlich ist, der sozialdemokratische Polizeipräsident Bauknecht von Köln, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Duisburg, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Hamburg... wir wollen die endlose Liste nicht fortsetzen! Nicht nur gegen Eggerstedt, sondern gegen die sozialdemokratische Politik, gegen die Sozialdemokratische Partei muß sich die Anklage der Arbeiterklasse richten!

Die sozialdemokratische Presse, an der Spitze das „Hamburger Echo" sucht den sozialdemokratische Polizeipräsidenten Eggerstedt herauszulügen, indem sie die Blutschuld auf die Kommunisten schiebt. Sie befindet sich dabei in erster Linie mit den Kanaillen aus den Hitler-Redaktionen, mit den faschistischen Hugenberg-Blättern, mit der gesamten faschistischen Bourgeoisie, die ja nur auf ein Stichwort gewartet hat, um ihre Hetze gegen die Kommunistische Partei in neue Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse umzuwandeln.

Die Regierung Papen-Schleicher-Gayl hat bereits zu neuen Schlägen gegen die Arbeiterklasse ausgeholt. Das von ihr erlassene Demonstrationsverbot richtet sich, wie die Regierung ausdrücklich hervorhebt, in erster Linie gegen die Kommunistische Partei. Weitere, schärfere Maßnahmen sollen folgen. Die Regierung hat ankündigen lassen:

Wer im Besitz einer Waffe betroffen werde, soll an die Wand gestellt werden!

Das ist dieselbe Regierung, welche die SA. legalisiert hat! Das ist dieselbe Regierung unter deren Augen Tag für Tag die nationalsozialistischen Schutztruppen des Kapitals ihren Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse durchführen!

Sowohl Papen wie Schleicher wie Gayl wissen am besten, daß die SA. und SS. Hitlers bewaffnet sind!

Will etwa die Regierung die bewaffneten faschistischen Mordbuben an die Wand stellen lassen? Töricht, so etwas auch nur zu denken! Gegen die Arbeiterklasse allein, und gegen ihre Führerin die Kommunistische Partei insbesondere, richtet sich die Drohung mit Standgerichten und „an die Wand stellen".

Die deutsche Bourgeoisie beruft sich auf die Zeit, wo unter der Führung Eberts und Noskes der Bürgerkrieg gegen die revolutionäre Arbeiterklasse wütete, wo Standgerichte und „Erschießungen auf der Flucht" an der Tagesordnung waren. Diese Methoden des blutigen Terrors der Ausbeuterklasse sollen jetzt im Zeichen der faschistischen Machteroberung wieder auferstehen. So sollen die nationalsozialistischen Terrortruppen Hitlers unterstützt werden bei ihrer Anwendung „italienischer" Methoden.

Aber Deutschland ist kein Italien! Die Kommunistische Partei, fest verankert in den Millionenmassen des arbeitenden Volkes, die einzige Hoffnung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, ist ein stahlharter Kern des Widerstandes der Arbeiterklasse, ist die Führerin im Kampfe gegen den Faschismus!

Arbeiterinnen!

Gegen Lohnraub und Betriebsfaschismus,
für höheren Lohn und Arbeiterinnenschutz

kämpft mit der Antifaschistischen Aktion!

Sie zu unterdrücken oder gar zu vernichten, das wird weder Schleicher noch Hitler gelingen!

Die Papen-Schleicher-Gayl, die Hitler und Goebbels, die Industriemagnaten und Junker, samt ihren sozialdemokratischen Knechten täuschen sich, wenn sie glauben, daß die Kommunistische Partei durch die infame Verbotshetze und durch neue Unterdrückungsmaßnahmen von den breiten Massen des Arbeitervolkes isoliert werden könnte! Denn heute haben bereits große Teile auch der sozialdemokratischen Arbeiter erkannt und erkennen es mehr und mehr mit jedem Tag, daß

die Verteidigung der KPD. ein Lebensinteresse der gesamten deutschen Arbeiterklasse ist!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei! Nur unter ihrer Führung ist es möglich, den Faschismus zu schlagen und den bankerotten Kapitalismus zu begraben! Nur in der roten Klassenfront kann die Arbeiterschaft sich herausretten aus dem Elend des zusammenbrechenden Kapitalismus und aus der Hölle faschistischer Sklaverei!

Darum ist Altona zugleich ein Appell an die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Schart euch um die Fahne der Kommunistischen Partei! Schließt euch zusammen in der Antifaschistischen Aktion!

Die Antifaschistische Aktion marschiert! Sie wird den Terror der faschistischen Schutztruppen des Kapitals brechen!

Oppositionskonferenz aller Freigewerkschaftler

Aufruf der Zahlstelle Gottesberg des Baugewerksbundes zur Entfaltung der Antifaschistischen Aktion

An die Kollegen in den freien Gewerkschaften des Waldenburger Reviers!

Werte Kollegen!

Die Mitglieder der Zahlstelle Gottesberg des Baugewerksbundes haben sich mit dem Ernst der Situation beschäftigt und folgenden Aufruf an euch einstimmig beschlossen:

Die immer brutaler werdenden Angriffe der Finanzmagnaten, Industriekapitäne und Junker erfordern von uns eine klare Stellungnahme. Ab 23. Juli werden auf Grund der Notverordnung die Unterstützungen in der Alu, Kru und Wohlfahrt gekürzt ausgezahlt. Bald folgen die Angriffe auf die Löhne und Tarife mit aller Wucht. Auf der Lausanner Konferenz sind die alten Tributverpflichtungen gestrichen, aber zugleich neue unterzeichnet worden. Nach Abschluß dieser Konferenz soll durch die Papen-Regierung die Arbeitsdienstpflicht in großem Maßstabe in Angriff genommen werden.

Der immer stärker werdende Wille zur Einheit der Arbeiterklasse und die immer stärker werdende Kampfentschlossenheit haben schon vermocht, die Kürzung der Unterstützungen durch den Kreisausschuß abzuwehren.

Gemeinsame Not erfordert gemeinsamen Kampf!

Das fürchten die Verantwortlichen für diese Not und das Elend. Darum bedrohen sie alle kampfentschlossenen Organisationen mit dem Verbot. Verbote von Zeitungen werden zur Regel werden.

Der braune Mordterror

der Hitlerfaschisten, die von der Papen-Regierung auf die Straße gerufen wurden, feiert immer größere Orgien und bedroht das Eigentum und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, Leben und Gesundheit ihrer Funktionäre. **Die gemeinen Naziüberfälle in Schmiedeberg, Ohlau, Gnadenfrei usw. sind eine ernste Mahnung.** Darin liegt System; angefangen bei dem Ueberfall auf die kommunistische Landtagsfraktion, fortgesetzt auf das Gewerkschaftshaus und die Konsumläden in Frankfurt, auf das „Vorwärts"-Gebäude in Berlin, zeigen es mit aller Deutlichkeit. Auch in den Straßen von Waldenburg tobt sich die braune Mordpest aus. Die Ueberfälle auf Bröde (SPD.) und Patzelt in Waldenburg und die offenen Morddrohungen fordern von uns gebieterisch: **Handeln!**

Keine Minute mehr gezögert, tretet sofort dem Massenselbstschutz bei, so wie wir es gemacht haben. Damit nicht genug. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen müssen sich entscheiden für die Antifaschistische Aktion.

Kollegen, wir rufen euch!

zu einer Konferenz freigewerkschaftlich organisierter Kollegen für Sonntag, den 24. Juli, vormittags 9 Uhr in Waldenburg (Lokal wird noch bekanntgegeben).

Wir wollen gemeinsam zu unseren Aufgaben in den Gewerkschaften als kampfentschlossene Gewerkschaftler in der Antifaschistischen Aktion Stellung nehmen.

Die Stunde ist ernst!

Nicht mehr gezögert, alle unsere Kräfte und Organisationen für den Kampf einzusetzen

Gegen Lohn- und Unterstützungsabbau!
Gegen Arbeitsdienstpflicht, für Arbeitsbeschaffung zu Tariflöhnen!
Für Freiheit der Arbeiterklasse!
Für Schutz von Eigentum und Einrichtungen der Arbeiterorganisationen!
Für Schutz von Leben und Gesundheit der Funktionäre!
Für Vertreibung der braunen Mordpest aus den Betrieben und von der Straße!

Die Antifaschistische Aktion führt zur Freiheit aus kapitalistischer und faschistischer Knechtschaft. Kollegen, nehmt sofort zu unserem Aufruf Stellung. Wählt in Mitgliederversammlungen und in euren Kreisen Delegierte zu dieser Konferenz!

Beschlossen in der Mitgliederversammlung am 16. Juli 1932.

Heinrich Grammel, Vorsitzender.

Papen-Regierung berät heute verschärfte Maßnahmen gegen Antifaschistische Aktion

SPD.-Arbeiter! Fallt auf die neuen Betrugsmanöver „eurer Führer und Presse" nicht herein! Her zu uns, zur roten Einheitsfront!

Heute findet eine Sitzung der Reichsregierung statt, in der verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die antifaschistische Bewegung beschlossen werden sollen. Wie die „Germania" mitteilt, soll von der Reichsregierung bereits der Beschluß gefaßt worden sein, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, entsprechend der Forderung Hugenbergs und des Nazi-Landtagspräsidenten Kerrl, der gestern ein Schreiben in diesem Sinne an die Papen-Regierung gerichtet hat.

Heute soll ferner eine Unterredung Papens mit Severing und Hirtsiefer stattfinden, in der sie erklären sollen, daß sie gegen die Antifaschisten weiter aufs schärfste vorgehen werden. Severing wird sich zweifelsohne für die von Papen gewünschten Maßnahmen bereit erklären und damit Vorarbeit für den Kommissar leisten. Als Kommissar soll Papen, der den Posten des Reichskanzlers abgeben soll, vorgesehen sein. Gestern verbreitete die Regierung durch den Rundfunk eine Erklärung, daß „das Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden . . . die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten . . . nachdrücklichst auszuheben." Diese Maßnahmen bedrohen alle Arbeiter, sie ergänzen die verschärften Hungermaßnahmen mit verstärkter Unterdrückung. Dieser Kurs geht unmittelbar auf die offene faschistische Diktatur. Arbeiter, verstärkt die Antifaschistische Aktion.

Die Breslauer sozialdemokratische „Volkswacht" brachte gestern die Meldung über das Demonstrationsverbot mit der obigen Ueberschrift und kommentiert diese u. a. wie folgt:

„Erst nachdem am Sonntag wieder annähernd 20 Tote die Pflaster bedeckten, hat die Regierung der Nazi-Barone eingesehen, daß es so nicht weiter geht. Unter dem Druck der Ereignisse mußte sie handeln und die von ihr gegen den Willen der Mehrzahl der Länderregierungen veranlaßte Demonstrationsfreiheit in ihr Gegenteil verkehren.

Das Experiment der Regierung Papen ist gründlich zusammengebrochen! An seinem Ende steht die traurige Liste der Opfer des Bürgerkrieges und der Rückzug der Reichsregierung von einem wesentlichen Punkte ihres Programms. Wir sagen laut und vernehmlich: dies staatspolitische Experiment ist viel zu teuer bezahlt worden!

Aber dieser Rückzug der Reichsregierung genügt nicht! Sie hält nach wie vor fest an der Freigabe der Notverordnungsjacken — und das ist der Schlüsselpunkt zur heutigen Situation. Wird diese Reichsregierung nun endlich erkennen, daß sie von den erfahrenen Länderregierungen noch unendlich viel zu lernen hat, und daß deren Ratschläge wertvoller sind als die der Rechtsradikalen?

Mit dem Zusammenbruch des Experiments aber ist noch mehr zusammengebrochen. Das „neue System" ist auf das schwerste erschüttert, während die Rechtfertigung des so haßerfüllt bekämpften „Systems" immer stärker hervortritt. Denn das „System", das nicht zuletzt durch den Namen Severing bezeichnet ist, konnte nicht jene traurige Liste, die die deutsche Presse Woche für Woche zu veröffentlichen gezwungen ist!"

In dem Leitartikel der gestrigen Nummer der „Volkswacht" spricht Kranold sogar von einer „Niederlage der Reichsregierung". Wir fragen vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden, ob man davon reden kann, daß die Reichsregierung den Rückzug angetreten, oder gar eine Niederlage erlitten habe?

Gegen wen richtet sich das Demonstrationsverbot?

Ausschließlich gegen die antifaschistische Bewegung, gegen die kampfbereiten arbeitenden Massen, auch gegen die sozialdemokratischen Klassengenossen, die gerade in den letzten Wochen bewiesen haben, daß sie Schulter an Schulter mit den Kommunisten in roter Einheitsfront gegen den Mordterror der SA.-Banden kämpfen. Die Hitler-Kundgebungen, die für die nächsten Tage festgesetzt sind, sind von dem Verbot ausgenommen.

Das Standrecht soll schon in den nächsten Tagen gegen die Antifaschistischen wirksam werden. Dazu wird von amtlicher Stelle ausdrücklich erklärt, daß alle diese Maßnahmen in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet seien, — wir behaupten, nur gegen die Kommunisten, d. h. gegen alle antifaschistischen Arbeiter, die nicht mehr gewillt sind, sich von den Notverordnungsjacken auf offener Straße abschlachten zu lassen —, die als staatsfeindliche Elemente betrachtet werden.

Die Behauptung der „Volkswacht", die Regierung habe einen Rückzug angetreten, habe eine Niederlage erlitten, ist ein ganz gemeiner Betrug gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, weil gerade das Gegenteil davon wahr ist. Die Regierung der Junker, Generale und Industriebarone hat vielmehr ihre Offensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen die Antifaschistische Aktion, verstärkt und will in ihrer heutigen Sitzung diese durch neue Maßnahmen steigern. Der Genosse Thälmann hat in seinem Artikel „Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus" — Internationale, Juni-Heft — den Klassencharakter der Papen-Regierung aufgezeigt und schreibt darin u. a. folgendes hierzu:

„Die Hauptaufgabe dieses Kabinetts, der Hauptauftrag, der ihm vom Finanzkapital zuteil wurde, ist der Versuch, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zerschmettern. Die politische Notverordnung mit ihren unverhüllten Ausnahmebestimmungen gegen die KPD. war der erste offen faschistische Schritt auf diesem Wege. Ueber die unmittelbar drohenden Verbotsmaßnahmen gegen bestimmte revolutionäre Organisationen, den Kampfbund gegen den Faschismus, den Kommunistischen Jugendverband usw. hinaus, beabsichtigt die Regierung ein direktes Verbot der Kommunistischen Partei und aller revolutionären Organisationen. Auch die Reichstagswahlen sollen in den Dienst dieses Anschlages treten, indem der von der Papen-Regierung erhoffte und mit größtem Aufwand begünstigte „Wahlsieg der Nazis" einen erneuten Freibrief für weitere faschistische Anschläge auf die Arbeiterklasse liefern soll."

Die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden dürfen sich durch die Manöver „ihrer" Führer und dieser Presse nicht irreführen lassen.

Die Papen-Regierung ist und bleibt die Regierung zur Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse zu dem Demonstrationsverbot liegt in der Linie, auch die sozialdemokratischen Arbeitermassen für die Unterstützung der Papen-Regierung zu gewinnen. Man will den SPD.-Proleten damit einreden, die Papen-Regierung werde jetzt auch gegen die Hitlerhorden scharf vorgehen. Diese Regierung, die von Hitler toleriert wird, denkt nicht im entferntesten daran, dem nationalsozialistischen Mordgesindel ein Haar zu krümmen.

Deshalb müssen auch die sozialdemokratischen Arbeiter den Kampf gegen die faschistische Hungerdiktatur, gegen den Mordterror der Nazis in der Front der Antifaschistischen Aktion verstärken. In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle muß der rote Massenselbstschutz geschaffen werden. In jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle müssen Einheitsausschüsse zur Führung des außerparlamentarischen Massenkampfes gegen die Notverordnungsdiktatur, gegen Ausnahmezustand und Standrecht, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für die Freiheit der Arbeiterorganisationen und den Schutz ihrer Einrichtungen, für eine Arbeiter- und Bauernregierung gewählt werden.

In diesem Sinne nun erst recht: Antifaschistische Aktion!

Für Einheitskonferenz aller Waldenburger Bergkumpels

der Antifaschistischen Aktion gegen Lohn- und Unterstützungsabbau

58 Mitglieder des BAV., 7 Kollegen des DMV. und 4 Hirsch-Dunckersche Kameraden rufen auf: Gemeinsame Not fordert gemeinsamen Kampf!

Waldenburg, 18. Juli. Die Kameraden der RGO. und des EVBD. haben gerade in den letzten Wochen alles getan, um die kämpfende Einheitsfront auch im Waldenburger Revier herzustellen. Durch die Hetze und Sabotage der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer hatten leider noch die hinter ihnen stehenden Betriebsfunktionäre und Mitglieder bis vor kurzer Zeit unseren Einheitsfrontangeboten ablehnend gegenübergestanden. Gerade in den letzten Tagen aber sehen wir, daß auch diese Klassengenossen immer mehr zur roten Einheitsfront stoßen.

Der nachstehende Aufruf ist bis jetzt von 58 Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, von 7 Kollegen des Deutschen Metallarbeiterverbandes und 4 Kameraden der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft unterzeichnet worden.

Wir erwarten von allen Kameraden des Waldenburger Reviers, daß sie alles dazu beitragen, daß die stattfindende Einheitskonferenz der Antifaschistischen Aktion am 24. Juli gegen Lohn- und Unterstützungsabbau von ihrem Vertrauen getragen und der Auftakt einer gewaltigen Kampfbewegung der Waldenburger Industriekumpels ist.

„Eine Notverordnung nach der anderen wird diktiert. Brutaler Renten- und Unterstützungsabbau, 30prozentige Senkung der Ferienvergütung. Senkung des Krankengeldes ab 1. Juli 1932. Die Sozialversicherung und die Tarifverträge sollen vernichtet werden. **Das ist das Programm der Papen-Schleicher-Regierung, das mittels blutigen faschistischen Terrors, mit Hilfe der SA.-Mordkolonnen durchgesetzt werden soll.**

Wir alle leiden, wir alle hungern! Gemeinsame Not fordert gemeinsamen Kampf!

Die antifaschistische Einheitsfront in den Betrieben und auf den Stempelstellen ist das Gebot der Stunde!

Wir unterzeichneten Kameraden des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, begrüßen die Initiative der Kameraden aus der RGO. und dem Einheitsverband zur Herstellung der Einheitsfront.

Wir verurteilen, daß in der jetzigen Situation, die Betriebsräte und die Funktionäre unserer Organisationen, die so dringend notwendige Einheitsfront nicht mit dem nötigen Elan fördern.

Wir Unterzeichneten fordern, daß unsere Betriebsräte und Funktionäre jetzt alles Trennende beiseite lassen, und in einer Einheitskonferenz der Betriebsräte, Vertrauensleute, Knappschaftsältesten und Delegierten aus den Zahlstellen, gleich welcher Organisation sie angehören, zur Antifaschistischen Aktion, zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau Stellung nehmen.

Wir verlangen, daß die Betriebsräte in ihren Sitzungen, Maßnahmen zur Organisierung, der von uns geforderten Konferenz beschließen, daß gleichzeitig auch die Funktionäre und Zahlstellenleitungen unserer Organisationen, Mitgliederversammlungen durchführen und dort Delegierte wählen lassen.

Mit Kühnheit vorwärts zur Einheitsfront!

Die Einheitsfront der Arbeiter verjagte 1920 die Kapp und Lüttwitz. Diese Einheitsfront wird auch jetzt die Machtergreifung der Nazi-Faschisten verhindern und die Raubpläne der Unternehmer und der Papen-Schleicher-Regierung zunichte machen."

Beerdigung der ermordeten Arbeiter Grothe und Brechlin

Berlin, 20. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Gestern fand unter starker Beteiligung das Begräbnis der von den Nazis ermordeten Arbeiter Grothe und Brechlin statt. Eine Anzahl von Betrieben hatte als Zeichen des Protestes die Arbeit niedergelegt. Der Sarg wurde von Antifaschisten, darunter zwei Reichsbannerarbeitern, getragen. Am Grabe sprachen die Genossen Ulbrich und Leow sowie SPD.-Sportler Kraus.

Dokumente beweisen!

Hitlerpartei für Papen-Schleicher!

Die nazifreundliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 16. Juli berichtet, daß der Naziführer K u b e im „Haus der Technik", in Königsberg i. Pr., am 16. Juli erklärte:

„Der einzige Mann des Kabinetts, den die Nationalsozialisten auch ohne Abzeichen anerkennen, ist der Reichswehrminister Schleicher."

Schleicher aber ist der mächtigste Mann im Kabinett, der allein entscheidende Leiter der Regierung. Ihm das Vertrauen erklären bedeutet eine erneute Bekräftigung des Gleichen-Briefes, daß die Papen-Schleicher-Regierung „das Vertrauen des Führers", Hitlers, hat.

Kube hat erneut bestätigt: Die Nazipartei ist verantwortlich für die ungeheuren Lasten, die die Papen-Schleicher-Regierung den Massen „not"-verordnet hat. Die Nazipartei ist verantwortlich für den Tributpakt von Lausanne. Kein demagogisches „Oppositions"geschrei kann das mehr vertuschen.

Gebt den Nazi-Demagogen die Antwort!
Kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen die Hitler-Papen-Schleicher!
Gebt eure Stimme der einzigen antifaschistischen Partei!

Wählt KPD., Liste 3

Alarmsignal an alle Erwerbslosen:

Unterstützungsraub bereits ab 20. Juli

Reichsbanner- und SPD.-Kollegen in Einheitsausschuß gewählt — Auch viele Frauen dem roten Massenselbstschutz beigetreten

Lauban, 19. Juli. Die am 15. Juli abgehaltene Versammlung, auf der 400 Personen anwesend waren, wählte einen Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion von acht Personen. Dieser hat sofort an den Magistrat folgende Forderungen gerichtet:

1. Anläßlich des SA.- und SS.-Treffens in Lauban am 15. und 16. Juli ist von der Behörde der Kasernenhof als Paradeplatz zur Verfügung gestellt worden. Die Arbeiterschaft betrachtet dies als eine Provokation und Gefahr für die 50 in den Kasernen wohnenden Arbeiterfamilien, und forderten die Zurücknahme dieser Genehmigung. Genehmigung.

2. Der geplante Unterstützungsabbau am kommenden Mittwoch (20. Juli) für die Alu- und Krisenempfänger ist auf keinen Fall durchzuführen.

3. Die Hauszinssteuer darf von den Erwerbslosen, Kurzarbeitern und Rentnern nicht erhoben werden, anderenfalls die Arbeiter den Mieterstreik durchführen.

4. Die Auszahlung der Sozialrente für Altersrentner, Arbeitsinvaliden und Witwen muß in diesem Monat in der Höhe erfolgen, daß die zu wenig gezahlten Reichsrenten am 1. Juli wieder wettgemacht werden.

Auch in dem obengewählten Einheitsausschuß sind zwei Reichsbannerkameraden und ein SPD.-Arbeiter vertreten. In der obigen Versammlung sind 70 Personen, darunter viele Frauen, dem roten Massenselbstschutz beigetreten.

Bis zur Stunde liegt uns eine Meldung, ob die berechtigten Forderungen erfüllt wurden, noch nicht vor. Die Tatsache, daß man bereits am Mittwoch, den 20. Juli, die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zu kürzen beabsichtigt, ist ein Alarmsignal an die Erwerbslosen in allen Orten, alle Kräfte zur Auslösung der außerparlamentarischen Massenaktion mobil zu machen, ergangen. Dieser Unterstützungsabbau muß unter allen Umständen abgewehrt werden, wenn die Erwerbslosen verhindern wollen, daß sie und ihre Familien noch mehr Hunger leiden wie bisher. Durch den Stimmzettel wird es nicht gelingen. Die Abgabe desselben für die Liste der KPD., Liste 3, ist nur ein Bekenntnis für diesen Kampf.

In Dresden marschieren 80000 Antifaschisten auf

Dresden, 20. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Kundgebungen unseres Führers Ernst Thälmann sind wahre Triumphzüge der revolutionären Einheit unter der Antifaschistischen Aktion. Nach dem 70 000 in Wuppertal, nach der oberschlesischen Grenzlandkundgebung der 30 000, wurde der gestrige Aufmarsch der 80 000 Antifaschisten in der Radrennbahn Dresdens zu einem noch gewaltigeren Bekenntnis für die KPD. und dem Führer der Antifaschistischen Aktion. 150 Reichsbanner-Kameraden marschierten in voller Uniform in die Arena, 200 Delegierte zum oppositionellen Kongreß der freien Gewerkschaften nahmen teil, dazu zahlreiche Betriebe, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Führers Ernst Thälmann sind wahre Triumpfzüge der revolutionären Genosse Thälmann erklärte unter stürmischer Zustimmung unter anderem:

„Durch Lausanne haben die Nazis erneut den Versailler Strick um den Hals Deutschlands gelegt. Die neue Verordnung Papens, die den Proleten die Straße verbietet, hat die Zustimmung der SPD. erhalten."

Genosse Thälmann erinnert, daß in Dresden vor 40 Jahren Rosa Luxemburg als Chefredakteurin tätig war, und weist auf den Parteitag der alten Sozialdemokratie 1903 hin, auf dem Bebel erklärte: **„Solange ich atmen, schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden. Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben."**

Genosse Thälmann schließt mit dem Ruf: „V o r w ä r t s z u m S i e g e !"

Werktätige Jugend Deutschlands: Alarm!

Für 250000 Jungerwerbslose droht die Zwangsarbeit!

Heute, 20. Juli, Tag der Jungerwerbslosen!

Schlag auf Schlag führt die faschistische Papen-Regierung gegen die werktätige Jugend durch!

Millionen Jungerwerbslose bekommen keine Unterstützung und sind dem Hunger preisgegeben. Die Notverordnung der Papen-Regierung nimmt den wenigen, die noch etwas bekommen, das Letzte weg. Das Fürsorgealter der Jugendlichen soll herabgesetzt und so ein weiterer Druck zum Eintritt in den „freiwilligen" Arbeitsdienst vorgenommen werden.

Die Notverordnung sieht vor die Einbeziehung von 250 000 Jungerwerbslosen in die Arbeitsdienstpflicht. Der Arbeitsdienst soll eine „bindende Verpflichtung für alle Werktätigen vom 18. bis 30. Lebensjahr werden!

Die Bourgeoisie will sich eine billige Arbeitsarmee, eine Lohndrücker- und Streikbrecherarmee, eine Rekrutenarmee gegen die Sowjetunion schaffen.

Ueberall, bei Forstarbeiten, Streckenarbeiten, Kanalbau- und Gemeindearbeiten werden Arbeitsdienstabteilungen eingesetzt. Sogar schon in Betrieben. Den zu tariflichen Bedingungen Arbeitenden wird durch die Schaffung dieser Sklavenarmee die Arbeit genommen. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht dient gleichzeitig zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion.

Die Naziführer bedrohen jeden Jugendlichen, der gegen die Zwangsarbeit ist, mit Zuchthaus und Todesstrafe.

Die Faschisten wollen aus Deutschland ein Arbeitszuchthaus machen.

Sozialdemokratische Führer, wie Höltermann vom Reichsbanner und andere, unterstützen die Einführung dieser Zwangsarbeit. Der Hauptvorstand der SAJ. hat sich ebenfalls für die Arbeitsdienstpflicht erklärt. Die kapitalistische Presse muß selbst schreiben, daß der „freiwillige Arbeitsdienst" eine Vorstufe zur faschistischen Arbeitsdienstpflicht ist. Nur wer für Rettung des Kapitalismus auf Kosten der Arbeiterklasse ist, kann für die Arbeitsdienstpflicht, die kasernierte Zwangsarbeit, sein.

Jungerwerbslose in Stadt und Land!

Macht Sturm im Land gegen die Versklavung! Erst raubt man euch den letzten Hungerpfennig, dann schickt man euch zur Zwangsarbeit in die Rekrutenarmee für den Antisowjetkrieg.

Die Jungproleten in Stadt und Land müssen den entschiedensten Kampf gegen jede Form der Zwangsarbeit führen. Kampf gegen die Durchführung dieser Zuchthauspläne. Mobilisiert die breiten Massen, die in ihren Tarifbedingungen bedrohten Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen! Stellt die rote Einheitsfront an jeder Stempelstelle, Wohlfahrtsamt und Betrieb her! Organisiert Massenprotestkundgebungen gegen Arbeitsdienstpflicht und Zwangsverschickungen. Organisiert den Kampf für Unterstützung der Jungerwerbslosen, für ihre besonderen Forderungen, wie Lebensmittel, Kleidung, Schuhe und Mietszuschuß für Alleinstehende, und für Arbeit zu tariflichen Bedingungen. Schickt Massendelegationen mit den Forderungen in die Rathäuser! Bildet an den Stempelstellen Kampfausschüsse gegen Arbeitsdienstpflicht! Sendet Massendelegationen in die bestehenden Arbeitsdienstlager, um die dort befindlichen Jungerwerbslosen über Charakter und Zweck der Arbeitsdienstpflicht aufzuklären. Organisiert in den bestehenden Lagern den Kampf um eure Forderungen, wie die Jungerwerbslosen in Ostpreußen, Thüringen und dem Ruhrgebiet, die für 50 Pfennig pro Tag sich nicht mißbrauchen ließen und den Streik durchführten.

Protestiert heute, am 20. Juli, dem Tage der Jungerwerbslosen, gegen die Arbeitsdienstpflicht, erhebt die Forderungen der Jungerwerbslosen!

Bekennt euch am 1. August zur Verteidigung der Sowjetunion. Formiert euch in den nächsten Tagen und Wochen zur unüberwindlichen roten Einheitsfront der Jugend, gegen Krieg, Hunger und Faschismus. Reiht euch ein in die Jugendkolonnen der Antifaschistischen Aktion. Gebt den Feinden der proletarischen Jugend, den Organisatoren der Zwangsarbeit, von den Nazis bis zu den SPD.-Führern, am 31. Juli die Antwort, indem ihr bei der Reichstagswahl die KPD., als die einzige Vertreterin der Forderungen der Jungerwerbslosen, als die einzige Partei, die gegen die Zwangsarbeit kämpft, wählt!

ZK. des Kommunistischen Jugendverbandes.
Reichsjugendausschuß der RGO.
Reichsausschuß der Erwerbslosen, Jugendkommission.

STREIK

schafft die rote Einheitsfront
ist die beste antifaschistische Aktion
ist der beste rote Wahl-Helfer!

Entreißt den Henkern die Opfer!

Genossen Ruegg am 17. Tage des Hungerstreiks ins Krankenhaus überführt / Steigert Protestwelle

Wie wir bereits kurz meldeten, **hat die Massenprotestaktion in der ganzen Welt einen ersten Erfolg erzielt: Am 17. Tage des Hungerstreiks wurden der Sekretär der roten Pazifikgewerkschaften Genosse Ruegg und seine Frau aus ihren dunklen Zellen in ein Krankenhaus in Nanking überführt. Es besteht nunmehr Hoffnung, sie am Leben erhalten zu können.**

Der Kampf für Ruegg muß jedoch eine neue Steigerung erfahren. Es muß die Freilassung der Angeklagten erreicht werden, **über deren Köpfen drohend das Todesurteil des chinesischen Gerichts schwebt.**

Reuter meldet, daß die Forderung der Angeklagten auf Ueberweisung des Prozesses an das Schanghaier Gericht „unwahrscheinlich" sei, was die Gerichtsbehörden damit begründen, daß das Schanghaier Gericht im vorigen Jahr das Verfahren dem Nankinger Kriegsgericht überwies, da es sich als unzuständig erklärte.

Das Justizministerium veröffentlicht eine Erklärung, die die Beschuldigung grausamer Behandlung und ungesetzlichen Vorgehens — wie sie von „gewissen Berliner Organisationen verbreitet werde" — widerlegen soll. Sowohl die Formulierung, daß die Ueberweisung an das Schanghaier Gericht „unwahrscheinlich" sei, wie auch das Verwahren gegen die angeblich „unbegründete" Beschuldigung grausamer Behandlung im Gefängnis, zeugen davon, daß die internationale Protestkampagne die Nankingregierung zu einem weiteren Rückzug zwang. Daher ist die Fortsetzung und Steigerung der Kampagne notwendig, um die Rueggs gänzlich den Händen ihrer Henker zu entreißen.

★

Die chinesische Regierung hat alle Kundgebungen der Kommunistischen Partei Chinas am 1. August verboten. Die chinesische Polizei ist angewiesen worden, keine Kundgebungen zuzulassen und energisch gegen die Demonstranten vorzugehen.

Aufstände hemmen Japans Vormarsch

Mandschurische Regimenter meutern — Ausnahmezustand in der Provinz Kirin

(TU.) Charbin, 19. Juli. Nach Meldungen aus Kirin haben zwei mandschurische Regimenter gegen die mandschurische Regierung gemeutert. Der Aufstand droht, sich auch auf die anderen Provinzen auszudehnen. In Kirin wurde der Ausnahmezustand verhängt. Auf Veranlassung des japanischen Oberkommandos wurden zwei Bombengeschwader nach Kirin abgesandt.

Jeder neue Vorstoß Japans zur Besetzung weiterer Teile der Mandschurei, zur Befestigung seines Aufmarschgebiets gegen die Sowjetunion, wird von den Bauern und Soldaten mit Aufstandsbewegungen beantwortet. Japan bringt die Knechtschaft — Japan raubt uns das letzte Stück Brot — die imperialistischen Heere zertrampeln unsere Felder, verwüsten unsere Häuser, das weiß jeder werktätige Bewohner der Mandschurei. Der flammende Haß gegen die ausländischen Bedrücker entlädt sich in immer größeren Aktionen gegen die japanischen Truppen.

Tschangkaischek verkauft China an Japan

(TU.) Schanghai, 19. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß die chinesische Zentralregierung den Beschluß gefaßt hat, sämtliche japanfeindlichen Organisationen, die wirtschaftlichen und politischen Widerstand gegen Japan leisten, aufzulösen. Die chinesische Regierung beharrt auf ihrem Standpunkt, daß die chinesisch-japanischen Beziehungen sich auf diplomatischem Wege jetzt bessern könnten.

Barrikadenkämpfe bei Lodz

Warschau, 18. Juli. In Pabionice (einer Fabrikstadt in der Nähe von Lodz) hat die Arbeiterbevölkerung eine Demonstration vor den Toren der von den Streikenden besetzten Fabrik Krusche und Ende veranstaltet. Amtlich wird die Zahl der Demonstrierenden mit 3000 angegeben. Die im Lokal der reformistischen Gewerkschaft versammelten Arbeiter reihten sich dem Widerstand der Bonzen zum Trotz in die Demonstration ein. Die Polizei wurde im Barrikadenkampf zurückgeschlagen. Erst um 4 Uhr nachts gelang es den aus Lodz zusammengezogenen Polizeikräften, die Straßen zu räumen und die Fabrik zu besetzen. Ein Polizeikommissar und mehrere Polizisten wurden durch Steinwürfe und durch Begießen mit Salzsäure verwundet.

Verhindert das Verbot unserer Organisationen!

Prag, 19. Juli. Nachdem die Zentrale der Roten Gewerkschaften aufgelöst wurde, greift die Regierung jetzt auch die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen an. Das Bezirksamt in Nimovska Soboda in der Slowakei löste am 15. Juli die Gruppen des Roten Bauarbeiterverbandes, Landarbeiterverbandes und Schneiderverbandes auf. Die Begründung für die Auflösung beweist, worauf die Regierung zielte, als sie die Zentrale auflöste. Sie lautet: Da die Zentrale der Roten Gewerkschaften und ihre Kreisorgane, die Allgewerkschaftsräte, aufgelöst sind, so müssen auch alle Gruppen der Roten Gewerkschaften automatisch aufgelöst werden.

Aus fünf Erdteilen

Zahlreiche kommunistische Führer in Schweden, darunter Wall und Forsberg, die bei den großen Massenkundgebungen gegen die Streikbrecher in Nordschweden verhaftet wurden, sollen auf Befehl der „freisinnigen" Regierung wegen „Anstiftung zum Aufruhr" angeklagt werden.

★

Bei den von den englischen Anstiftern immer von neuem hervorgerufenen Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern in Indien sind von den britischen Besatzungsbehörden seit dem 14. Mai 216 Inder erschossen und 2677 verletzt worden.

★

Die Polizei schoß auf eine trotz Verbot stattfindende antiimperialistische Kundgebung in Purabmajaria bei Midnapore (Ost-Bengalen). Zwei Personen wurden getötet und sieben andere verletzt.

Wie Wahlen unter dem Faschismus aussehen

Die jeweilige Regierungspartei hat die Mehrheit

Bukarest, 19. Juli. Die Wahlkomödie in Rumänien ist beendet. Die Regierungspartei der Nationalzaranisten erhielt mehr als 40 Prozent aller Stimmen und darum infolge des Prämiensystems 277 Mandate und die Mehrheit, die Liberalen 41, die Nationalsozialisten 16, die Ungarn 14. Die Listen des Arbeiter- und Bauernblocks waren diesmal für ungültig erklärt worden, nachdem im vergangenen Jahr der Staatsgerichtshof die Mandate kassiert hatte. Die ersten Berichte über den Wahlausgang meldeten jedoch 2 Prozent kommunistische Stimmen, ein Beweis, wie viele Arbeiter und Bauern die Namen ihrer Kandidaten auf die Stimmzettel geschrieben hatten.

Die Wahlbeteiligung betrug nur etwa 40 Prozent, ein Beweis, daß die Massen den Wahlschwindel unter der faschistischen Diktatur satt haben, der unfehlbar der Regierungspartei die Mehrheit bringt.

Im Jahre 1929 war die Bauernpartei (Nationalzaranisten) an der Regierung. Sie erhielt 65 Prozent aller Stimmen.

Im Jahre 1931 stellte die Königspartei Jorgas die Minister im Kabinett. Prompt schrumpfte die Bauernpartei auf ein kleines Häuflein Abgeordneter zusammen und die Königspartei erzielte die Mehrheit.

Heute ist die Bauernpartei wieder am Ruder, erzielt die Mehrheit und die Königspartei erhält kein einziges Mandat!

Fankreich und England wählten zum Antikriegskongreß

Für den von Romain Rolland und Henri Barbusse vorbereiteten internationalen Kongreß gegen Kriegsgefahr am 21. August laufen immer zahlreicher Meldungen von der Wahl der Delegierten in allen Ländern ein.

Nach den Feststellungen des französischen Nationalkomitees sind bisher 550 Arbeiterdelegierte der Kriegs- und chemischen Industrie, der Eisenbahn-, Schiffahrtsgesellschaften und Häfen in Frankreich angemeldet. Eine besondere starke Delegation der Kriegs- und Metallbetriebe hat der vor kurzem in Paris abgehaltene Arbeiter- und Bauernkongreß gewählt. Der autonome Verband der französischen Staatsbeamten, der 45 000 Mitglieder zählt, hat die Kongreßleitung in einer Zuschrift gebeten, die Beurlaubung seiner zur Teilnahme am Kongreß bestimmten Delegierten bei der französischen Regierung zu erwirken.

In England wählte eine Massenversammlung von Schullehrern des Londoner Gebiets vier Delegierte. In Ost-London wurde vier Delegierte zum Weltkongreß gewählt, und zwar ein Eisenbahner, ein Hafenarbeiter, ein Seemann und ein Hilfsarbeiter; in Nordwest-London ein Funktionär des Transport- und Hilfsarbeiterverbandes und in Nord-London ein Eisenbahner.

Victor Margueritte für Antikriegskongreß

In zwei bemerkenswerten Artikeln der Pariser „La Volonte" unterstreicht der weltbekannte Schriftsteller Victor Margueritte (Verfasser von: Dein Körper gehört Dir) die große Bedeutung des Antikriegskongresses in der gegenwärtigen Situation. Der Verfasser verweist vor allem auf die Notwendigkeit einer praktischen Stellung gegen den Krieg, die den bevorstehenden internationalen Kongreß von allen anderen kriegsgegnerischen Tagungen der letzten Zeit unterscheiden müsse.

Bergarbeiterstreik in England

London, 19. Juli. Die Bergarbeiter der Grube Wharncliffe bei Barnsley haben in der letzten Woche gegen einen Lohnabbau, durch den die Schichtlöhne von 9 Schilling 11 Pence auf 8 Schilling 11 Pence herabgesetzt werden sollten, die Arbeit niedergelegt. Der Lohnabbau war von den örtlichen Funktionären des Bergarbeiterverbandes angenommen worden.

Gottlieb Neumann in Priwolnoje

Von Berta Lask

Copyright by „Rote Fahne", Berlin.

Erzählung aus dem Leben eines deutschen Arbeiters in der Sowjetunion.

2. Fortsetzung

Um diese Zeit war es, daß Neumann und die Arbeiter seiner Abteilung einen schweren Zusammenstoß mit dem Kalkulator hatten. Der Kalkulator hatte den deutschen Arbeitern einen niedrigeren Akkordsatz berechnet als den Russen. Die deutschen Arbeiter verließen ihre Maschinen und umringten den Kalkulator. Neumann war der Sprecher. Sein kleiner, grauer Schnurrbart zitterte. Auf der Zunge hatte er einen bitteren Geschmack. Es war, als wäre ihm noch nie solch Unrecht widerfahren wie an diesem Tage. Vergessen waren alle Leiden in Deutschland, Hungerlohn, Antreiberei, Streikverrat und die graue Verzweiflung der Stempelstelle. Hier geschah ihm Unrecht bei diesen Barbaren, bei diesen Bolschewiken, ihm, dem hochqualifizierten, dem Vorarbeiter aus dem Borsigwerk.

Der Kalkulator sah den Aufgeregten kalt an. In seinem pockennarbigen Gesicht flammte ein trotzige Wildheit auf. „Was schreit Ihr so?" sagte er rauh. „Habt Ihr das aufgebaut, das hier alles?" Er zeigte mit der Hand, an der zwei Finger fehlten, auf die Mauern der Maschinenhalle. „Mit unserem Blut haben wir uns den Boden erkämpft. Und Ihr?"

Er wandte sich und ging hinaus. In der Haltung seines breiten Rückens lag etwas Unerbittliches und Abweisendes, das die deutschen Arbeiter noch mehr reizte.

Wassil Iwanowitsch stand an seine Maschine gelehnt, die Pfeife im Mund und grinste. „Diese Deutschen! Haben im Krieg gegen uns gekämpft und jetzt fressen sie unser Brot."

Die Deutschen gingen an ihre Maschinen zurück. Nach Arbeitsschluß forderte Neumann alle auf, mit ihm zu gehen. Sie gingen in eine Waldlichtung, und Neumann sagte: „Kollegen, nach allem, was man hier durchgemacht hat — und jetzt diese Provokation, ich meine, wir hau'n in den Sack und gehen geschlossen nach Deutschland zurück. Soll'n sie allein ihren Fünfjahrplan durchführen."

Der Vorschlag wurde angenommen und Neumann beauftragt, einen Brief an die Werksleitung zu schreiben. Neumann ging nach Hause. Durch die Fichtenstämme blinzelte die Abendsonne. Es roch nach Harz. Er nahm die Mütze ab und atmete erleichtert. Die Spannung hatte sich gelöst. Der Druck war abgefallen. Gleichzeitig fraß irgendwo ein verborgener Schmerz.

Zu Hause verlangte er Papier und Tinte und schrieb den Kündigungsbrief für die 15 Facharbeiter der Abteilung B. Dann nahm er einen zweiten Bogen. Der war für die „Vorwärts"-Redaktion. Die sollten alles ans Licht bringen. Jetzt wollte er ordentlich sein Herz ausschütten. Er schrieb und schrieb. Die Feder kratzte und spritzte. Auf dem Balkon sang unaufhörlich der Kanarienvogel in hohen Tönen. Neumann wurde plötzlich wütend. „Mach das Biest still, oder ich dreh ihm den Hals um", schrie er seiner Frau zu.

„Laß doch. Das Tier ist meine einzige Freude in dieser Wildnis."

„Wir machen bald zurück."

„Da bin ich aber froh. Ich hab's satt. Die kauderwelsche Sprache und die vielen Beafstiks und der Tschi. Nach dem Fritz hab ich auch Sehnsucht. Und das Lieschen verwildert wie ein Besprisornij. Und der Vogel ist heiser geworden. Der Wind hier ist zu scharf."

„Der Wind hier ist zu scharf", wiederholte Neumann nachdenklich, lachte kurz auf und steckte den Brief in den Umschlag. Er war plötzlich todmüde, ging zu Bett und schlief sofort ein.

Am nächsten Morgen in der Frühstückspause gab er den Brief für die Betriebsleitung ab. In der Mittagspause war große Belegschaftsversammlung im Werkhof. Drei Rotarmisten und ein roter Kommandeur waren gekommen, um mit den Arbeitern über die Bedeutung ihrer Produktion und die drohende Kriegsgefahr zu sprechen. Neumann war in die Nähe des Redners gedrängt worden und stand auf einer Holzkiste. Ihm gegenüber wogte die Masse: vieltausend Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der rote Kommandeur, ein vierzigjähriger Mann mit einem klugen, kantigen Arbeitergesicht, sprach zuerst. Zwei Orden der Roten Fahne leuchteten auf seiner Brust.

„Genossen, als noch Arbeiter in den Putilowwerken war, machten wir Kanonen für unsere Herren, die Kapitalisten. Jetzt machen sie dort Traktoren für die Kollektive."

Ueber die Bauerngesichter der jungen Rotarmisten ging ein breites Lachen. Aber Wassil Iwanowitsch, der nicht weit von Neumann stand, spuckte aus und murmelte: „Gottlose Hundesöhne mit ihren Kollektiven."

„Genossen!" Die Stimme des Kommandeurs war stark und metallen, die Stimme eines Arbeiters, der gewohnt ist, den Lärm der Maschinen zu übertönen. „Genossen, auch jetzt brauchen wir noch Kanonen, Kanonen gegen die Feinde des Arbeiterstaates. Darum sind wir zu euch gekommen."

Dann sprach er vom Einfall der Japaner in die Mandschurei, von den fieberhaften Kriegsrüstungen in den westlichen Ländern. Ein Dolmetscher übersetzte die Rede für die deutschen Arbeiter. Neumann folgte mit Aufmerksamkeit und beobachtete dabei die Gesichter der Arbeiter.

Die Sätze des Redners gingen wie starke Windstöße über die Versammlung, die aufrauschte wie ein Wald. Gespannte Gesichter, gefurchte Stirnen, aufblitzende Augen, Rufe, Lachen. Und dann neue Redner auf dem Podium, neues Aufrauschen heißer Worte. Da stand Kolja, erzählte vom unmenschlichen Leben in zaristischen Betrieben. Und als er vom Bürgerkrieg sprach, war sein Gesicht wie eine Flamme.

Der Kalkulator sprach. Staunend sah Neumann ihn an, als sähe er ihn zum erstenmal. Knechtsleben bei Großbauern in der Ukraine, von Sonnenaufgang geschunden wie Vieh, mit Kürbis gefüttert wie Vieh und jetzt Mensch, selbsttätiges, wichtiges Glied der Produktion. „Genossen, unser die Betriebe, unser die Kollektiven. Schützt unsere Macht! Verdoppelt die Produktion! Bildet Stoßbrigaden! Schließt Wetbewerbe! Wer fängt an?"

In die Arbeitermassen kam stärkere Bewegung. Gruppen diskutierten erregt. Ein Arbeiter stieg aufs Podium mit Schultern und Händern, die geeignet schienen, die Erdkugel zu tragen. „Ha, die Gießerei fängt an", rief man lachend. Der Gießer bot den ersten Wettbewerb an. Dann kamen zwei junge Arbeiterinnen, eine Deutsche und eine Russin. Arm in Arm kamen sie, Vertreterinnen der Schleiferei und meldeten die Schleiferei zum Wettbewerb. Bravo, klatschten die Arbeiter. Einige stimmten das Komsomolzenlied an.

(Fortsetzung folgt.)

Antifaschisten — wählt Kommunisten, Liste 3!

Kommuniqué des Zentralen Wahlausschusses!

Die letzten Tage vor der Wahl stehen im Zeichen des gesteigerten Kampfes zur Stärkung der Antifaschistischen Aktion gegen die faschistische Papen-Hindenburg-Politik, gegen den faschistischen Mordterror, gegen die Sabotage- und Sprengungstaktik der SPD.-Führer!

Ab 27. Juli tritt die Unterstützungssenkung der Papen-Notverordnung für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter voll in Kraft. Ende des Monats werden wiederum die Renten der Arbeits- und Kriegsopfer gekürzt ausgezahlt. Am 1. August tritt die Mieterhöhung durch die Preußen-Notverordnung voll in Kraft.

Die Papen-Regierung droht mit Belagerungszustand

und weiteren verschärften Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und die KPD. — zur Sicherung der Notverordnungspolitik und des Paktes von Lausanne — zur Sicherung der imperialistischen Front gegen die Sowjetunion!

Die Nazis, unterstützt von der gesamten bürgerlichen Presse, von Polizei, Gerichten, Rundfunk und allen Staatseinrichtungen, suchen ihre Provokationen und ihren Mordterror von Tag zu Tag zu steigern. Mit hemmungsloser Demagogie und frechen Lügen suchen sie die Verantwortung für die Arbeitermorde und für die Papen-Politik von sich abzuschütteln.

Die Führer der SPD. stellen sich der roten Einheitsfront immer offener hemmend in den Weg; sie beweisen ihre Staats- und Hindenburgtreue durch brutales Vorgehen gegen die antifaschistischen kämpfenden Arbeiter — ganz gleich, ob Reichsbanner oder Kampfbund, Freigewerkschafter oder RGO., Sozialdemokraten oder Kommunisten. Im Preußen der Braun-Severing-Regierung haben die antifaschistischen Arbeiter über 50 Todesopfer durch die Nazis, über 20 Todesopfer durch die Polizei zu beklagen!

Wir Kommunisten sind die einzige antifaschistische, antikapitalistische Partei!

Wir stellen uns im Kampf der Antifaschistischen Aktion mit aller Kraft zur Verfügung! Wir stehen an der Spitze! Darum werden wir verfolgt und verfemt!

Es gilt, überall neue Beispiele des antifaschistischen Massenkampfes zu schaffen, d. h.

Fanatische Begeisterung für den Kampf im Zeichen der Antifaschistischen Aktion! Teilkämpfe an allen Fronten des Klassenkampfes. Politischer Massenstreik gegen Mordterror und gegen die Anschläge der faschistischen Papenregierung!

die stärkste Mobilmachung der Betriebe und Stempelstellen gegen Lohn- und Unterstützungsabbau durchzuführen, Massenselbstschutz, Einheitsausschüsse zu verstärken und zu verbreitern, überall die arbeitenden Massen gegen den Faschismus in den Kampf zu führen.

Ueberall das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion!

Ueberall der Ruf der Antifaschistischen Aktion: Rot Front!

Ueberall der Aufruf für die Wahl von Kommunisten — Liste 3!

Ueberall unsere Losungen!

Ueberall unsere Zeitungen, Broschüren, Sammellisten, Flugblätter!

In und vor den Betrieben. In und vor den Stempelstellen, Wohlfahrtsämtern, Bahnhöfen, Kaufhäusern, Märkten, vor Plakattafeln und Litfaßsäulen: Diskussionsgruppen, Agitationstruppen der Antifaschistischen Aktion!

Radfahrer, Motorradfahrer, Wandergruppen, Agitationsgruppen tragen täglich durch Sprechchöre unsere Losungen durch alle Quartiere des Elends und der Not:

Tausende Versammlungen der Betriebe, Stempelstellen für die Antifaschistische Aktion, für Wahl der Liste 3!

Aus allen Fenstern der Arbeiterwohnungen: rote Fahnen, Transparente der Antifaschistischen Aktion!

Aus allen Fenstern, von allen Lauben: Liste 3!

Gegen die Reichen — für die Armen!

Gegen Arbeiterverrat und Hindenburgpolitik, für rote Einheitsfront mit den SPD.- und allen Arbeitern!

Gegen kapitalistische Ausbeutung und Knechtschaft — für Arbeit, Brot und Freiheit!

Gegen imperialistische Kriegsgefahr, gegen Tributsklaverei — für die nationale und soziale Befreiung!

Gegen die Regierung der Industriellen, Junker und Generale — für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Gegen den Faschismus — für den Sozialismus!

Am 23. und 24. Juli wieder alle Kräfte für Haus- und Hofagitation, für Arbeit auf dem Lande!

Gewinnt alle Antifaschisten als Helfer für die Wahl der Liste 3!

Rüttelt alle wahlmüden Arbeiter und Werktätigen auf: die Wahl der Liste 3 ist revolutionäre Pflicht im Kampf gegen Faschismus!

Von Hitler-Banden ermordet!

42 Proletarier wurden seit Aufhebung des SA.-Verbots von den Hitlerbanden erschlagen, erschossen. Als letzte Opfer fielen:

Paul Sterley, Berlin, KPD.

Der Ermordete wurde von 15 Nazis hinterrücks vom Rade gerissen. Mit eisernen Brechstangen und schweren Knüppeln zertrümmerten die braunen Bestien den Kopf ihres Opfers bis zur Unkenntlichkeit.

Emil Hortz, Düsseldorf, parteilos

starb nach qualvollen Leiden an den Wunden, die er bei einem Ueberfall der Nazis auf Arbeiter erlitten hat. Ein Dumdumgeschoß hatte ihm Unterleib und Därme zerrissen.

Pabst, Saalfeld, parteilos

ein gelähmter, invalider Arbeiter, wurde bei einem Ueberfall einer SS.-Bande auf ein Arbeiter-Barackenlager in seiner Wohnung von vertierten Mördern mit einem Spaten erschlagen.

Wir sühnen ihren Tod durch verstärkten Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Vorwärts zur Antifaschistischen Aktion!

Frage deine S.P.D. Kollegen:

1. Billigen die SPD.-Kollegen, daß die SPD. die neue Verordnung Papens (Demonstrationsverbot gegen die Antifaschisten) begrüßt?

Die Schleicher-Papen-Diktatur hat am 19. Juli eine Verordnung erlassen, durch die Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel „außer in umfriedeten dazu bestimmten Anlagen gegen Eintrittskarte" verboten werden. In der amtlichen Mitteilung dazu erklärt Papen die Zusammenstöße hauptsächlich als Folge von „Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen" der Antifaschisten und KPD. und unterstreicht damit, daß die Verordnung über das Demonstrationsverbot gegen die Antifaschistische Aktion und gegen die KPD. gerichtet ist. Der „Vorwärts" aber erklärt, um die SPD.-Arbeiter zu täuschen: „Auch die Schoßkinder der Papen-Regierung, die Nationalsozialisten, müssen auf die Demonstrationen verzichten . . . Die SA. darf zwar Uniform tragen, aber die Uniformierten dürfen nicht mehr in geschlossenen Zügen antreten. Der Wert der so viel umkämpften Uniform-Spaziergeh-Erlaubnis wird auf ein Minimum reduziert".

SPD.-Kollegen, es ist unwahr, daß das Demonstrationsverbot Papens sich gegen die Nazis richtet. Es ist Betrug, die Uniformerlaubnis für die SA. als bedeutungslos hinzustellen, wie es der „Vorwärts" tut! Seht, SPD.-Kollegen, daß die SPD.-Führung auf solche Weise Papen und die SA.-Banden tatsächliche Hilfe leistet.

2. Billigen die SPD.-Arbeiter die Unterstützung der Lohnabbau-Offensive durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer?

Für das München-Gladbacher Textilgebiet wurde ein Schiedsspruch gefällt, der einen neuen Lohnabbau von 5 bis 7 Prozent vorsieht. Die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer waren für Annahme dieses Schiedsspruches. Für das Münsterländer Textilgebiet haben die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sogar eine Vereinbarung mit den Unternehmern abgeschlossen, die 5½ Prozent Lohnabbau vorsieht. In beiden Gebieten sind Arbeiterstreiks ausgebrochen und Severing hat die Polizei gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt. Damit unterstützt die SPD.-Führerschaft die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums und der Papen-Hitler.

Ueberzeuge deine SPD.-Kollegen davon, daß es notwendig ist, gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Einheitsfront in jedem Betrieb zu schließen und die Waffe des Streiks gegen Lohnabbau, im Kampf um die Forderungen der Arbeiterschaft anzuwenden.

Die Plakette der Antifaschistischen Aktion auf der Jacke ist das Kampfsignal zur roten Attacke!

So muss sie sein

voll im Format und mild im Geschmack, die Qualitäts-Zigarette für die 3⅓-Raucher.

So kann sie sein, weil sie eine Schöpfung der Bulgaria ist.

Bulgaria Sport, die 3⅓ der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. — mit Sportphotos

Arbeiter, Werktätige Breslaus!

„. . . Die Versammlung hat gezeigt, daß die Breslauer Arbeiterschaft den unbeirrbaren Willen hat, die rote Einheitsfront zu schließen."

„Wehe den Führern und Bürokraten, die es wagen sollten, sich diesem Willen entgegenzustellen! Noch nie hat es in Breslau eine Versammlung gegeben, in welcher in derartiger Einmütigkeit alle Proletarier Sühne forderten für die Blutopfer faschistischen Terrors.

Zum erstenmal sind aus Worten Taten geworden! Die Versammlung im Zirkus Busch ist der erste Schritt zur Erhebung des Proletariats in Deutschland!"

So schrieb **die SAZ. am 7. 6. 32.** anläßlich der ersten vom provisorischen Kampfausschuß einberufenen Versammlung im Zirkus Busch. Seitdem ist der faschistische Mordterror gewaltig gewachsen. Gewachsen ist aber auch die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion! Proletarier der Eisernen Front kämpften Schulter an Schulter mit Kommunisten und Parteilosen gegen die vereinte Front der SA., Schupo und Reichswehr, die schießend, mit gefälltem Bajonett — Handgranaten im Koppel — gegen unbewaffnete Arbeiter vorging (Ohlau). Arbeitsbrüder aus SPD. und Reichsbanner werden niedergeschlagen und von der republikanischen Justiz unmenschlich verurteilt, weil sie ihr Leben verteidigten. Die Führer und Bürokraten der „Eisernen Front" aber beschwören Hindenburg und v. Gayl, diejenigen — die das SA.-„Verbot" aufgehoben haben.

Die „Führer und Bürokraten" (siehe SAZ.) geben die Niederlagenparole heraus: „Geht nicht auf die Straße, die Fenster zu, die Türen zu, wenn die Faschisten kommen — die Polizei wird die Gewerkschaftshäuser schon schützen!'

Das heißt — wartet bis die Faschisten euch aus den Stuben holen — oder euch erwürgen.

Das heißt — Schließt nicht die Einheitsfront im Kampfe.

Das sagen die SPD.-Führer, die die deutsche Arbeiterklasse entwaffnet und die Faschisten bewaffnet haben. Sie sind der größte Hemmschuh im Kampfe gegen den Faschismus.

In dieser Stunde, da es gilt, die Massen aufzurütteln, die unbesiegbare gewaltige rote Einheitsfront noch fester zu schließen, die Anfänge der tatkräftigen Antifaschistischen Aktion der Breslauer Arbeiterschaft zu erweitern, um Zehntausende der sozialdemokratischen Klassengenossen in die gemeinsame Front einzureihen.

Jetzt, da es darauf ankommt, noch viel stärker den außerparlamentarischen Massenkampf mit allen Konsequenzen zu führen, da bricht die SAP. aus der kämpfenden Einheitsfront aus.

In der äußerst ernsten Situation, wo die Regierung bereits jetzt mit der Verhängung des Standrechtes und des Belagerungszustandes droht, mit deren Einführung in den nächsten Stunden schon zu rechnen ist, jetzt — wo Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit bereits beseitigt ist, weiß die SAP. nichts besseres zu tun, als den Versuch zu unternehmen, den provisorischen Kampfausschuß zu zerschlagen.

Tatsachen beweisen:

Am Sonnabend, dem 16. Juli, fand eine Sitzung des provisorischen Kampfausschusses statt, mit den Stadtteilausschüssen und je 2 Vertretern der Betriebe. Der provisorische Kampfausschuß hat dort einen Aktionsplan vorgelegt, der Kampfmaßnahmen gegen die faschistischen Hungerangriffe und den faschistischen Terror bis ins Kleinste zergliedert enthielt. Diese Konferenz, bestimmt zur Organisierung des lebensnotwendigen Kampfes gegen Mordfaschismus, gegen den grausamen Lohn- und Unterstützungsraub, benutzten die Vertreter der SAP., um endgültig aus dem provisorischen Kampfausschuß auszubrechen. Anstatt auf die praktischen Maßnahmen des Kampfes einzugehen, griffen die Sprecher der SAP. den provisorischen Kampfausschuß und die von ihm durchgeführten Aktionen in wüster und demagogischer Weise an, um ihr feiges Ausbrechen damit zu begründen. Ein Teil der Konferenz bestand aus Leuten, die keinerlei Berechtigung zur Teilnahme hatten, die zwar heftig tobten und fleißig mit abstimmten, aber überhaupt nicht Mitglieder von Einheitsfrontorganen sind. Schuler, der die [illegible] verantwortlich leitete, weigerte sich, die Anwesenheitslisten einem Mitglied des [illegible] des provisorischen Kampfausschusses zur Einsicht zu geben, weil damit bewiesen werden konnte, daß die SAP.-Führer alle ihre Funktionäre und die KPD.-O.-Leute herbeigeholt hatten, um sie als Stimmungs- und Stimmaterial beim Angriff auf den provisorischen Kampfausschuß zu benutzen.

Das große Maul dieser Renegaten steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer wirklichen Bedeutung. Sie sind immer dort, wo es darauf ankommt, die kämpfende Einheitsfront im Interesse der Feinde der Arbeiterklasse zu zersetzen. Die Arbeiter tun am besten, wenn sie überall diese KPD.-[illegible] beiseite [illegible].

Arbeiter, entscheidet selbst!

Schuler erklärt, als Leiter der Betriebskommission, daß die Betriebe kein Vertrauen zum provisorischen Kampfausschuß hätten, und sie deswegen die in der einstimmig gefaßten Entschließung der Betriebskonferenz festgelegten Betriebsversammlungen hätten nicht vorbereiten können.

Kirstein dagegen erklärte auf der Sitzung des PKA. am Freitag, dem 8. Juli, bei der er als Gast teilnahm, wiederholt, es wäre für die SAP. eine Kleinigkeit, die Betriebsversammlungen auf Grund ihres angeblich starken Einflusses durchzuführen. (Wo blieb dieser starke Einfluß bei der Durchführung des Proteststreiks?

Der sogenannte „Theoretiker" Monden, der noch niemals in den Verdacht kam, praktische Arbeit im Sinne der Einheitsfront geleistet zu haben, erklärte: „Die Feststellung des provisorischen Kampfausschusses, die Breslauer Arbeiterschaft hätte den Mordfaschisten eine Schlappe beigebracht, wäre falsch." „Paßt mal auf, die Faschisten werden uns alle noch erschlagen.".

So und ähnlich unkte dieser Schwätzer, seinen Unglauben an die Kraft des Proletariats. So wollen sie ihre eigene Angst vor den Massen und den Massenaktionen des Proletariats „gelehrt" verbergen!

Rausch haut in dieselbe Kerbe! Während die „SAZ." in dem Auszug aus dem Artikel, den wir an die Spitze des Aufrufes stellten, die Bedeutung des provisorischen Kampfausschusses und der von ihm organisierten Aktionen als ein Beispiel für das ganze Reich zugeben mußte, sagen heute die Führer der SAP. das Gegenteil, obwohl die der Zirkus-Busch-Versammlung folgenden Maßnahmen des Kampfausschusses einen noch viel größeren Erfolg darstellten. Ihrer Auffassung nach war aber das alles ein Dreck. Von derselben Versammlung, die in der „SAZ." so hoch eingeschätzt wird, sagte Rausch z. B. am 8. Juli im PKA., daß sie nur „eine Mitgliederversammlung der SAP. und KPD. gewesen wäre".

(Bei der letzten SAP.-Demonstration waren nach ihrer eigenen Schätzung etwa 500 Demonstranten, während dem provisorischen Kampfausschuß 8000 bis 10 000 Arbeiter bei der Demonstration am 4. Juli folgten.) Das als Vergleich.

Ohne die Erfolge des provisorischen Kampfausschusses zu überschätzen, ohne die noch vorhandenen Schwächen und Mängel zu verkleinern, muß doch seine grundsätzliche Bedeutung hervorgehoben werden. Er war es, der, gestützt auf breite Massen von Breslauer Arbeitern, verhindert hat, daß die Nazis aufmarschieren konnten. Die Nazis mußten wie die geprügelten Hunde beim Morgengrauen unter Polizeibedeckung durch die Straßen schleichen. Auch später wagten die Nazis nicht, in den Arbeitervierteln zu marschieren. Sie trauten sich nur auf Autos durch die Straßen Breslaus, während sie vor Bestehen des provisorischen Kampfausschusses bedeutend frecher auftraten.

Der provisorische Kampfausschuß hat zum ersten Male in Breslau trotz der fortgesetzten Sabotage der SAP.-Führung, einige Proteststreiks ausgelöst, und mit dieser Einbeziehung der Betriebe in die antifaschistische Abwehrfront ein Beispiel für ganz Schlesien geliefert.

Der provisorische Kampfausschuß hat den roten Massenselbstschutz ins Leben gerufen, der trotz der Sabotage führender SAP.-Leute sich in der Tat bewährt.

Das alles was auf Veranlassung des provisorischen Kampfausschusses von den klassenbewußten Breslauer Arbeitern erreicht wurde, ist zwar noch nicht allzu viel, aber wir haben es immer betont, es ist ein Anfang, ein verheißungsvoller Anfang. Wir sind, um mit der „SAZ." zu sprechen, „in der Einheitsfront von den Worten zu Taten gekommen".

Wer kritisiert uns?

Uns „kritisieren" einmal die Nazis, die von den Anschlagsäulen herab eine Hetze gegen uns entfalteten, die uns nach den Worten eines SAP.-Genossen des provisorischen Kampfausschusses beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind. (Plumbom.) Uns kritisieren ferner die SPD.- und ADGB.-Führer, die einen hämischen Artikel über die Betriebskonferenz losließen.

Uns kritisiert aber in unsachlicher und vollkommen unberechtigter Weise die Führung der SAP. und die Renegaten, die den provisorischen Kampfausschuß in ein Kartell der Parteispitzen, der Parteisekretariate der SPD., SAP. und des ADGB., unter Ausschaltung der parteilosen Arbeiter verwandeln wollen.

Mit diesen hemmungslosen Angriffen auf den provisorischen Kampfausschuß reiht sich die SAP.-Führung offen in die Front unserer Gegner ein.

Was hat denn jenes sagenhafte Kartell der Monden-Reimann-Rosenstein („Politik gehört nicht ins Geschäft — Rosenthal") schon geleistet?

Dieses Kartell hat bisher nur in der Diskussion der SAP.-Führer eine Rolle gespielt, aber nicht in den praktischen Kämpfen der Arbeiter. Die Leute, die den provisorischen Kampfausschuß herunterreißen, haben außer der Sabotage der Einheitsfront nichts getan. Im Gegenteil, die Monden, Kirstein u. Co. haben sich die größte Mühe gegeben, nachzuweisen, daß der rote Massenselbstschutz nicht aktionsfähig werden könnte, daß die parteilosen Arbeiter nicht klassenbewußt seien. Rosenstein erklärte auf der Sitzung, daß die Beschlüsse des provisorischen Kampfausschusses niemals durchgeführt würden. Schon einmal brachen die SAP.-Führer aus dem Kampfausschuß aus, als die Mehrheit des Ausschusses das Stattfinden der Betriebskonferenz verlangte. Sie kehrten damals zurück, um einen günstigeren Zeitpunkt zum Desertieren abzuwarten. Dieser Zeitpunkt scheint ihnen jetzt gekommen, **jetzt, wo der Massenkampf immer gewaltigere Formen annimmt und sie keinen ernsthaften, das kapitalistische System erschütternden Kampf mitmachen werden.**

Sie wollen aus dem aktiven, lebendigen provisorischen Kampfausschuß so einen politischen Leichnam wie ihr „Kartell" machen.

In einem Schreiben, das Rausch herausgegeben hat, heißt es, daß sie die Einheitsfront mit der SPD.- und Reichsbanner-Führung usw. eingehen wollen. Wir Mitglieder des prov. Kampfausschusses, die wir dessen überwältigende Mehrheit verkörpern, erklären, daß wir immer und immer wieder betont haben, daß für uns nur von den Massen gewählte und von den Massen kontrollierte Einheitsfrontorgane die Grundlage des Kampfes und die Führung des Kampfes sein können.

Rausch erklärte in einem Brief vom 1. Juli an einen Genossen, daß die Einheitsfront mit der KPD. niemals eine Einheitsfront ist. Die SAP.-Führer begeben sich jetzt in ein Kartell mit ihren Bundesgenossen, den SPD.- und ADGB.-Führern.

Die Massen sollen entscheiden!

Die Massen haben sich bereits zu Tausenden entschieden! Sie sind den Aufrufen und Aktionen des provisorischen Kampfausschusses gefolgt, während die bisherige Kartellpolitik der SAP. keine einzige Aktion aufweisen kann und auch in der Zukunft nicht wird aufweisen können. Die Massen der klassenbewußten Arbeiter haben sich für den provisorischen Kampfausschuß entschieden,

und wir geloben diesen Arbeitern, daß wir nicht schwächer werden wollen in diesem Kampfe, sondern daß der provisorische Kampfausschuß noch kühner und umfassender die Einheitsfront der Breslauer Arbeiterschaft auf revolutionärer Grundlage im Kampfe gegen den Faschismus herstellen wird.

Rausch erklärte in einem Briefe an einen Genossen, daß die Einheitsfront mit der KPD. niemals eine Einheitsfront ist.

Wir stellen demgegenüber fest, daß im Gegensatz zu den SAP.-Führern es gerade die Kommunistische Partei war, die uns ehrlich und rückhaltlos bei allen unseren Kämpfen nach ihren besten Kräften unterstützt und gefördert hat.

Mögen die Führer der SAP. ihre bisherige versteckte Sabotage damit vertauschen, daß sie offen zu Verbündeten der SPD.-Führer werden! Sie haben sich bereits in Widerspruch gesetzt zu der Mehrheit des provisorischen Kampfausschusses, sie werden sich ebenso in Widerspruch setzen zu ihren eigenen Anhängern. Die SAP.-Proleten werden erkennen, welchen Verrat ihre Führer an der Formierung der Einheitsfront, der Lebensfrage für die Arbeiterklasse, üben. Sie werden sich restlos hinter den provisorischen Kampfausschuß stellen, dessen Aufgabe es sein wird, vor allem die kampfgewillten Klassengenossen der Eisernen Front in die rote Einheitsfront einzubeziehen. Die Faschisten rüsten fieberhaft. Schupo, Reichswehr, Nazis gehen gemeinsam in „Einheitsfront" gegen die Arbeiterklasse vor, Severing erläßt neue Knebelungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft, die SPD.-Führung will den Arbeitern im Kampf die Hände binden. **Wir wissen, Arbeiter von Breslau, daß ihr wiederum zur Stelle sein werdet, wenn der provisorische Kampfausschuß euch rufen wird.** Mögen die SAP.-Führer nach der Parole: „Die Fenster zu, die Türen zu" hinter verschlossenen Türen mit den SPD.-Führern kuhhandeln, — die Massen der Arbeiter werden im Betrieb, auf der Stempelstelle und in den Straßen den Faschismus schlagen, bis zu seiner Vernichtung. **Gebt den Spaltern der Einheitsfront die richtige Antwort, stellt euch geschlossener noch wie bisher und in noch stärkerem Maße hinter den provisorischen Kampfausschuß.**

Frauen und Mütter!

Macht Schluß mit den Kriegstreibern und Faschisten!
Vereinigt euch zur revolutionären Tat!
Verteidigt den sozialistischen Sowjetstaat!

Heraus zur Antifaschistischen Kampf-Kundgebung!

Heraus zum Protest gegen das Versammlungs- und Demonstrationsverbot, gegen Ausnahme- und Belagerungszustand!

Donnerstag 21. Juli, 20 Uhr

Süd: Lokal „Harmonie", Gräbschener Str.
Nordost: Lokal „Oderstrom", Uferstraße 47

Es lebe die rote Einheitsfront

Jetzt erst recht: Wahl von Einheitsausschüssen in Betrieben, an Stempelstellen und in Wohngebieten!

Es lebe der rote Massenselbstschutz

im Betriebe und Häuserblock!

Es lebe der politische Massenstreik

der Kampf aller Ausgebeuteten gegen Kapitalismus und Faschismus. Die kämpfende rote Einheitsfront wird über alle Saboteure und Deserteure hinwegschreiten zum Sieg des Sozialismus.

Der provisorische Kampfausschuß.

Die Kommunistische Partei begrüßt diesen Aufruf, der einstimmig im provisorischen Kampfausschuß gefaßt wurde, in dem der provisorische Kampfausschuß dokumentiert, daß er sich durch die SAP.-Führer und die konterrevolutionären Renegaten nicht von seiner zielklaren und erfolgreichen Linie abdrängen läßt. In diesem Aufruf wird klar ausgesprochen, daß im Gegensatz zu den SAP.-Führern die KPD. rückhaltlos und ehrlich alle Aktionen des provisorischen Kampfausschusses unterstützt hatte. Wir sagen hiermit dem provisorischen Kampfausschuß vor der gesamten Arbeiterschaft, daß die Kommunistische Partei auch weiterhin alle Aktionen des provisorischen Kampfausschusses tatbereit unterstützen wird.

Durch das Ausbrechen entlarvt sich die SPD.-Führung ganz offen! Bei guter und systematischer Arbeit der Stadtteile und Zellen der Partei wird der neueste Schandstreich der SAP.-Politik dazu beitragen, die bereits stark im Abnehmen befindliche SAP. auch in Breslau, ihrem stärksten Stützpunkt im ganzen Reiche, völlig zu isolieren und aus der Welt zu schaffen.

Genosse Fendius wegen Hochverrat angeklagt

Am Freitag, dem 22. Juli, läuft gegen unseren Genossen Fendius wegen Hochverrat vor dem Reichsgericht in Leipzig der Prozeß. Genosse Fendius wird angeklagt, weil er anläßlich des Stahlhelmtages in Breslau im Mai 1931, als Leiter des Kampfbundes in Breslau Material herausgegeben haben soll, zur Gegenaktion gegen den Stahlhelmaufmarsch, bei welchem, wie bekannt sein dürfte, ein Stahlhelmer durch die provozierten Zusammenstöße getötet wurde. Man wird in diesem Prozeß versuchen, gegen die „Kampfbund gegen den Faschismus" vorzugehen. Rechtsanwalt Dr. Obuch wurde durch die Rote Hilfe als Verteidiger gestellt.

Verantwortlich für d... ...tischen Teil, Provinz und Lokales: Rudolf Ortner in Breslau. - ...die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: ...rt Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlag... ...m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50

Breslau und Umgebung

Breslau, 20. Juli.

Lenin und Blockpolitik

Genosse Beyer widerlegte den Schwindel von der Einheitsfront der Bolschewiki mit Kerenski

Die gestrige SAP.-Versammlung zeigte mit aller Deutlichkeit die Rolle dieser Partei im revolutionären Klassenkampf, zeigte aber auch, daß die Arbeiterschaft diese Rolle erkannt und von ihr abrückt. Während die bisherigen SAP.-Versammlungen stets gut besucht waren, war gestern der Saal nur halb gefüllt. Nachdem die Kapelle „revolutionäre" Weisen, wie „Das muß ein Stück vom Himmel sein" und „Das herzenbezwingende Lied aus Wien" gespielt hatte, sprach Portune.

Er sprach über den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und die immer größer werdende Kriegsgefahr, sprach über Sowjetrußland, wonach seiner Meinung erst die Grundlagen für den Sozialismus geschaffen werden, obwohl das erste Stadium des Sozialismus schon längst erreicht ist. Lobend hob er hervor, daß die Zweite Internationale in Zürich sich für die Verteidigung der Sowjetunion ausgesprochen hat, ohne zu sagen, daß dies eins der demagogischen Manöver der Sozialdemokraten ist. Nachdem er über die Rolle der SPD. im Reichstag gesprochen hatte und dabei den Nationalismus derselben gezeigt hatte, konnte er es sich nicht verkneifen, zu erklären, daß auch die KPD. den Nationalisten den Rang abzulaufen versuchte, indem sie Anträge auf Einstellung der Young-Lasten stellte. So „geistreich" wie das war, war es auch, als er sagte, daß Hitler eine marxistische Politik getrieben und seinen Kampf sozialistisch geführt hätte. Höher geht es eben nimmer!

Gegen die Koalitions- und Blockpolitik der SPD. las er ein Stück aus einer alten Kautsky-Broschüre vor. Doch im nächsten Moment glaubte er in der Frage der Einheitsfront der KPD. einen Vorwurf machen zu müssen, daß sie mit der SPD.-Bürokratie keine Einheitsfront, das heißt keinen Block, schließen wolle. Er versuchte die Dinge so hinzustellen, als mache die KPD. keine ehrliche Einheitsfrontpolitik. In diesem Zusammenhang wies er auf den Kornilow-Aufstand im Jahre 1917 in Rußland hin, wo nach seiner Darstellung die Bolschewiki mit Kerenski zusammengingen.

In der Diskussion sprach Genosse Beyer, der, nachdem er auf die außerordentlich verschärfte politische Situation, auf das bevorstehende Standrecht gegen Kommunisten, auf die legale Bewaffnung der SA. und auf den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Notverordnungsdiktatur und auf die Blockpolitik der SAP. hinwies. Er zeigte in außerordentlich kurzer Redezeit, die man ihm gestattet hatte, daß die SPD., an die sich die SAP. ständig wendet, noch immer die Hauptstütze der Bourgeoisie ist, die jetzt mit dem Zentrum eine nationale Opposition macht und außerparlamentarischen Kampf der Arbeiterschaft sabotiert.

Dann ging er auf den Kornilow-Putsch ein und zitierte aus Lenins „Oktoberrevolution und Rote Armee"" auf Seite 28 nachstehende Stelle, aus der hervorgeht, daß jede Blockpolitik ein Betrug ist und die Arbeiterklasse nur kampfunfähig macht. Lenin schrieb:

> **„Meiner Ueberzeugung nach verfällt in Prinzipienlosigkeit, wer hinabrutscht zur Vaterlandsverteidigung oder bis zu einem Block mit den Sozialrevolutionären, zu einer Unterstützung der provisorischen Regierung. Das ist grundfalsch, das ist prinzipienlos . . ." Und weiter sagte er: „Und die Regierung Kerenski unterstützen wir sogar jetzt nicht. Das wäre prinzipienlos. Man wird fragen: Soll man denn nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich soll man es! . . . Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow, aber wir werden Kerenski nicht unterstützen, sondern seine Schwäche entlarven."**

Hiermit dürfte alles Gerede davon, daß Lenin eine Blockpolitik mit Kerenski gemacht hat, wohl endgültig widerlegt sein. Und Gen. Beyer führte auch aus, daß ein rücksichtsloser Kampf gegen die SPD.-Führung geführt werden muß, wenn die Arbeiterschaft im außerparlamentarischen Kampf den Faschismus schlagen will.

Dann kam er auf die Einheitsbewegung in Breslau zu sprechen, zeigte das zweimalige Ausbrechen der SAP.-Führer aus dem provisorischen Kampfausschuß (hier setzt Tumult ein), die jetzt den Kampfausschuß in ein Kartell verwandeln wollen. Leider konnte Genosse Beyer diese Fragen nicht eingehend behandeln, da es ihm die kurze Redezeit verbot.

Nach ihm sprach Rausch, der die Blockpolitik der SAP., wie sie von Genossen Beyer gezeigt wurde, nur bestätigen mußte. Kalinke sprach in derselben Linie, er sprach auch von den Proteststreiks gegen den faschistischen Mordterror. Die SAP.-Arbeiter sollten doch den Kalinke, der in einer Entschließung der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten" am 22. Juni gesagt hat:

> **„Wir fordern vom Ortsausschuß die sofortige Durchführung dieser Forderungen, anderenfalls wir zur Selbsthilfe schreiten müssen,"**

einmal fragen, wo die Selbsthilfe bleibt. Die SAP.-Führer und auch Kalinke drücken sich in jeder Art vor dem praktischen außerparlamentarischen Kampfe.

Im Schlußwort sprach Portune, der kein Echo auszulösen vermochte, noch einmal von der „Einheitsfront aller Arbeiterparteien", konnte jedoch die von Genossen Beyer gebrachten Argumente nicht widerlegen.

Der rote Landsonntag im Spiegel der Kritik

Breslau. Der von der Landkommission der BL entsandte Kontrolleur, der am letzten Landsonntag einige Stichproben vornahm, um festzustellen, in wieweit von den Ortsgruppen die JG. die Antifaschistische Aktion durchgeführt wurde, entsendet uns folgenden Bericht:

Die Genossen haben immer noch nicht die Notwendigkeit der Eroberung des flachen Landes begriffen und zugleich gezeigt, daß sie sich z. T. nicht an die von der BL. festgesetzten Termine halten. Bei meiner gestrigen Kontrollfahrt stellte ich fest, daß in allen Orten des JG. Deutsch-Lissa die Genossen eine ganz mangelhafte Agitationsarbeit unter der ländlichen Bevölkerung gemacht haben, ja das zum übergroßen Teil die Genossen überhaupt nicht einmal auf Agitation gegangen sind. In vier Dörfern stellte ich in Gesprächen mit Landarbeitern und Bauern fest, daß kein Antifaschist bei ihnen gewesen und diese Feststellungen wurden mir dann durch den Polleiter der Ortsgruppen auch bestätigt. Es ist auch keine systematische Landarbeit, wenn, wie ich in einigen anderen Fällen feststellen mußte, die Genossen nur eine Zeitung anbieten, den Groschen nehmen und wieder verschwinden. Damit mobilisieren wir nicht diese Massen, machen aber noch viel weniger mit solcher Agitation die Betriebe streikreif.

Im JG des Stadtteils Süd konnte ich nur bei der Ortsgruppe H. feststellen, daß sie etwas Arbeit geleistet hatte; wann wird Hartlieb zum Aufbau der Gutszelle übergehen? In L. begnügten sich die Genossen mit dem Versagen der Nazi aus dem Orte, wenn das auch schon eine Notwendigkeit war, so mußte man aber nachher sofort zur Organisierung der Werktätigen im roten Massenselbstschutz übergehen.

Die Kontrolle hat ergeben, daß von allen nur in einem einzigen Ort des UB. Breslau, wenn auch noch nicht ganz den Anweisungen entsprechend, so doch etwas zur Eroberung der Werktätigen des Landes getan wurde. Wir werden in Zukunft die Kontrolle verstärken, die säumigen Ortsgruppen anprangern und die verantwortlichen Leitungen zur Rechenschaft ziehen. Bisher hat nicht eine einzige Unterschriftenliste zum Aufruf von gepfändeten Bauern zirkuliert. Bis zum 20. Juli sollen diese Listen bei der BL. mit den nötigen Unterschriften eingegangen sein. Welche Ortsgruppe schafft ein Beispiel? Welche will in der Eroberung der Landarbeiter und Bauern an erster Stelle stehen. Berichtet uns sofort eure Ergebnisse.

Antifaschistisches Literaturaufgebot!

Die Literatur als Werkzeug und Waffe in der Antifaschistischen Aktion

> „. . . Das Literaturwesen muß ein Teil der allgemein-proletarischen Sache werden, ein „Rädchen und Schräubchen" des einen einheitlichen, großen sozialdemokratischen (lies: kommunistischen) Mechanismus, der durch die ganze klassenbewußte Avantgarde der ganzen Arbeiterklasse angetrieben wird. Das Literaturwesen muß zu einem Bestandteil der organisierten, planmäßigen, vereinheitlichten sozialdemokratischen (lies: kommunistischen) Parteiarbeit werden . . ."
>
> (Lenin, Agitation und Propaganda, S. 78)

Ar. Das schrieb Lenin nach der Oktoberrevolution 1905 in Rußland und stellt im selben Artikel fest: „. . . Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Ist der Zarismus schon nicht mehr imstande, die Revolution zu besiegen, so ist die Revolution noch nicht imstande, den Zarismus zu besiegen . . ." (a. a. O.) Dreizehn Jahre nach der November-Revolution in Deutschland ist es notwendig, uns diese Worte unseres Führers ins Gedächtnis zu rufen, weil wir in einer Situation leben, wo die deutsche Bourgeoisie, vor dem letzten Schritt zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur „. . . schon nicht mehr imstande ist . . ." die proletarische Revolution zu besiegen, die mit unwiderstehlicher Kraft heranrollt. In immer wachsender Einheitsfront hat das Proletariat die frechen Provokationen der Söldlinge des Kapitals in den letzten Tagen erfolgreich zurückgewiesen. Mit blutigem Terror versucht man den Vormarsch der Arbeiterklasse aufzuhalten.

Die Antifaschistische Aktion sammelt alle Kräfte, die bereit sind zum Kampf gegen den Faschismus, zum Kampf gegen das kapitalistische System. In dieser Situation ist es von entscheidender Bedeutung, wie weit wir es verstehen, die Leninschen Sätze in lebendige Arbeit umzusetzen. **Weil davon abhängt die Vertiefung unserer Lehre bei denen, die schon mit uns marschieren, weil davon abhängt die Gewinnung weiterer Schichten, an die wir unsere Losungen noch heranbringen müssen, weil davon auch abhängt die Schwächung des Gegners, in dessen Reihen unsere Forderungen für die Werktätigen Unruhe und Zersetzung tragen. In diesen drei Kampfesfragen sind unsere Schriften, unsere Zeitungen und Literatur, vor allem unsere Broschüren: Werkzeuge der Klasse! Werkzeuge, die mit der Entwicklung in den letzten Jahren zu scharfen Waffen wurden. Von einem Jahr zum anderen sind die Auflagen unserer Massenbroschüren von Zehntausenden zu Millionen gewachsen.**

Aber viel besser noch wie bisher müssen wir uns dieser Waffen auch bedienen, die der Gegner über alles fürchtet, denn mit Beschlagnahmen und Verboten verfolgt er sie und — versucht sie nachzumachen und in seinem Geiste anzuwenden. Deshalb sagen wir: war es bis jetzt nur ein Teil der Partei, waren es stellenweise nur einzelne Genossen und sympathisierende Arbeiter, die sich dieser Aufgabe widmeten — nunmehr „. . . muß das Literaturwesen ein Teil der allgemein-proletarischen Sache werden . . ." **Jeder Genosse, jeder Antifaschist** soll sich dieser Waffe bedienen und damit seine Kampfkraft verzehnfachen, verhundertfachen. Ueberall da, wo wir unsere Zeitungen, unsere Massenbroschüren hintragen, ist der Keim zu weiterer Arbeit gelegt. Diese Bedeutung der revolutionären Literatur der ganzen Organisation, allen mit uns Marschierenden zu demonstrieren und einzuprägen, ist die Aufgabe des

Antifaschistischen Literatur-Aufgebots!

1. **Welche Kräfte werden über den Rahmen der Partei hinaus zu dieser Aktion mit herangezogen? (Massenorganisationen, Einheitsfrontorgane usw.)**
2. **Wie verteilen wir die Kräfte am günstigsten? (Gruppen von 3—10 unter Führung von erfahrenen Genossen, die Beispiel und Anleitung geben.)**
3. **Wo setzen wir die Arbeit zuerst an? (In welchen Betrieben, Straßenzügen, welchen Landorten.)**
4. **Welches Material brauchen wir? (Einteilung entsprechend den Schichten, die bearbeitet werden sollen wie Bauern, Landarbeiter, Kleingewerbe, Mittelstand, Industriearbeiter, Frauen, Jugend usw.)**
5. **Wieviel Material brauchen wir? (Entsprechend der Zahl der Kräfte und der zu bearbeitenden Betriebe, Einwohner usw.)**
6. **Ist die sofortige Abrechnung des Materials am Mittag und Abend beim Litobmann organisiert?**

Bei dieser Gelegenheit kann gleich von den einzelnen Trupps berichtet werden, die Erfahrungen werden ausgetauscht und die Auswertung für die nächsten Tage vorgenommen.

Das sind die Vorbereitungen, die heute noch überprüft werden müssen. Wo noch Lücken sind, ist noch Zeit schnell nachzuholen. Und dann — los!

In den nächsten zwei Wochen eröffnen wir ein Trommelfeuer

mit unserer Literatur auf die Betriebe, die Wohnviertel, in allen Gewerkschaftsversammlungen, allen öffentlichen Versammlungen, in den Freibädern, kurz — überall da, wo die Werktätigen sind.

Noch kurz einige Winke:

Von dem Material, was die Organisationen in den letzten Tagen erhielten, gibt die Broschüre „3. Reich in Italien" ein Spiegelbild, was das 3. Reich Hitlers den deutschen Werktätigen verheißt. In „Was will die KPD.?" stellen wir dem gegenüber, welcher Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unter-drückung führt, und wie er gegangen wird. In klaren, packenden Bildern stellt die Illustrierte Antikriegszeitung die Frage: Krieg oder Revolution? Die Sondernummer des „Roten Wähler" entlarvt die Demagogie der Nazi an ihrer Haltung in den Parlamenten. Von den in den nächsten Tagen noch ankommenden Schriften ist „Woher nehmen?" die Waffe gegen das Notverordnungssystem. „Wer regiert, wer kommandiert, wer toleriert?" sagt schon durch den Titel, daß hier der Vorhang aufgezogen wird vor dem Theater, das Nazi und SPD. den Werktätigen vorzumachen versuchen. „Deutsche Bauern in Sowjet-Rußland" berichten über ihre Erfahrungen in der Sowjetwirtschaft. Ernst Thälmann gibt „Antwort auf 21 Fragen", die SPD.-Arbeiter an ihn richteten, und entwickelt in seiner Rede „Was will die Antifaschistische Aktion?" noch einmal alle Forderungen der Arbeiterschaft kurz zusammengefaßt. Dazu kommen noch eine Reihe anderer Schriften, die schon bekanntgegeben sind.

Das ist das Rüstzeug für die nächsten Wochen!

Wie es im einzelnen anzuwenden ist, welche Erfahrungen damit gemacht wurden, welche Erfolge wir damit hatten — das werden wir in den folgenden Tagen in Berichten von Genossen, in Auszügen aus den einzelnen Schriften und Briefen von Werktätigen laufend veröffentlichen. **Und nun Genossen, Antifaschisten vor die Front! Marschiert in geschlossenen Reihen auch in dieser Aktion — helft alle mit, denn**

das Antifaschistische Literatur-Aufgebot ist eine unserer schärfsten Waffen in der Antifaschistischen Aktion!

Heraus zur Protestkundgebung gegen Demonstrationsverbot, Standrecht und Belagerungszustand

Süd: „Harmonie", Gräbschener Straße.
West: Lokal Hoffmann, Pöpelwitzstraße.
Scheitnig: „Oderstrom", Uferstraße.

Rentnerin in den Tod getrieben

Strehlen. Aus Probe, Kreis Strehlen, wird uns berichtet, daß eine alte Rentnerin, welche nach dem letzten brutalen Rentenabbau nur 30 Pfennige ausgezahlt erhielt, durch Selbstmord ihrem jämmerlichen Leben ein Ende gemacht hat.

Arbeitsinvaliden, Rentner, Kriegsbeschädigte, wollt ihr denselben Weg beschreiten? Nein! Dann kämpft in der roten Einheitsfront, in der Antifaschistischen Aktion gegen Rentenabbau, gegen Abbau der Unterstützungssätze, für ausreichende Wohlfahrtssätze und Renten.

Jungerwerbsloser!

Der Arbeitsdienst soll dir aufgezwungen werden. Wehre dich dagegen. Arbeitsdienst heißt: Schwerste Arbeit ohne Lohn! Militärdienst!

Heraus zur Kampfversammlung, am Freitag, dem 22. Juli, 10.30 Uhr, im „Oderstrom", Uferstraße.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.

Einkoch-Gläser
(Marke Adler)
Honiggläser
Geleegläser
Jungbierflaschen
Bunzlauer Tonwaren auß. preiswert
Glas - Hartmann
Liegnitz, Mittelstr. 63/64

Vom Glück bevorzugt
sind alle in der Zeit vom 9.-27. Januar, 9.-27. Mai, 9.-27. Sept. Geborenen;
alle
erhalten demnächst nach Einsendung ihr. Adresse (deutlich geschrieb.) an Walter Geertz, Hamburg Neuer Jungfernstieg 7-8
kostenlos
ihr Horoskop zugestellt

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Abonnentenwerber für den „Arbeiter-Sender"
die einzige proletarische Radio-Zeitschrift, bei hoher Provision und sofortiger Provisionsauszahlung gesucht.
Bewerber, die bereits für die proletarische Presse geworben haben, wend. sich direkt an den
Verlag „Arbeiter-Sender"
Berlin SW 68, Friedrichstraße 236

Genossen! werbt für eure Presse!

Von der Kampffront der Antifaschistischen Aktion

Eine Aufforderung an die Arbeiterschaft in Wüstegiersdorf

Wüstegiersdorf. Der in Wüstegiersdorf bestehende Aktionsausschuß hat an die Arbeiterschaft der Fa. Meyer Kauffmann, an die Mitglieder des ADGB., der SPD., den Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Internationalen Bund und Mieterschutzverband einen Aufruf erlassen. In diesem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die Wüstegiersdorfer Arbeiterschaft am 6. Juli einheitlich und geschlossen gegen Lohn- und Unterstützungsraub und Faschismus demonstriert hat. Es wird dann weiter gesagt: „Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben . . . Wir haben es bereits vermocht, den vom Kreisausschuß vorgenommenen [illegible]abbau rückgängig zu machen, die braune Mordpest in Schach zu halten. Das ist erst ein kleiner Anfang".

Die Arbeiterschaft wird dann aufgefordert, sofort in Versammlungen der Betriebe, der Rentner, der Erwerbslosen, der Mieter, des [illegible] und der Gewerkschaften zu diesem Aufruf Stellung zu nehmen und die Kampfforderungen aufzustellen. Es wird aufgefordert, in jeder Versammlung Vertreter in den Einheitsausschuß zu wählen, um so dem Einheitsausschuß ein festes Bindeglied zu der gesamten Arbeiterschaft und zu allen Schichten der Werktätigen zu geben. Auf diesem Wege wird in Wüstegiersdorf die rote Einheitsfront zu einer unüberwindlichen Macht gegen den Faschismus und die Hungernotverordnungen.

Hinterhältiger Nazlüberfall auf einen Antifaschisten

Gottesberg. Ueberall nimmt der Terror der Nazibanden von Tag zu Tag zu. Durch die Aufhebung des Uniformverbots ist ihnen besonders der Kamm geschwollen. Das beweist am besten der feige Ueberfall, welcher sich am Mittwoch in Gottesberg abgespielt hat. Nachmittags gegen 1/30 Uhr überfiel der Sohn des Bäckermeisters Kaiser in der [illegible] Straße den im selben Hause wohnenden Bäckergesellen und Antifaschisten Gerhard Heisig.

Heisig sah zum Flurfenster hinaus und wurde ohne jeden Anlaß von Kaiser hinterrücks überfallen und verprügelt.

Außerdem wurde er noch von dem hinzukommenden Vater des Kaiser beleidigt, indem er Heisig als „Sandbäcker, Verfaulter Hund [illegible]" beschimpfte. Auch Frau Kaiser wollte dabei nicht zurückstehen und brüllte auf der Straße: „Bravo, so ists richtig!", indem sie dabei in die Hände klatschte. Bereits bei der letzten Landtagswahl gab dieser Bäcker seine faschistische Stimmung zu erkennen, indem die [illegible] wurden, unsere Wahlplakate herunterzureißen. Da sich Kaiser damit offen als Arbeiterfeind zu erkennen gegeben hat, können wir nur [illegible] Gottesberger Arbeiterschaft [illegible] Arbeiter, tretet ein in den roten Massenselbstschutz!

4 Reichsbannerarbeiter kommen zur KPD.

Glänzende Werbeergebnisse der KPD. Löwenberg am roten Landsonntag

[illegible] die Ortsgruppe der KPD. [illegible] für die erste 3 durch. Das Resultat war [illegible] 10 Mark [illegible] und Broschüren [illegible] dem Dorfe für 7 Mark [illegible] verkauft. An dieser Landagitation beteiligte [illegible] Reichsbannerarbeiter, der erst am Sonnabend zur [illegible] und verkaufte allein für 3 Mark Zeitungen [illegible].

[illegible] aus den Dörfern der Umgebung von Löwenberg [illegible] Demonstration, die von dem Kampfausschuß [illegible] Arbeiter waren allgemein [illegible] vom Kampfausschuß [illegible] Reichsbanners [illegible] wurde.

Als Antwort erklärten darauf vier Reichsbannerarbeiter ihren Uebertritt zur KPD.

[illegible] Umzugs der [illegible] Arbeiter auf, dem Schritt der vier Kameraden, die zur Kommunistischen Partei übergetreten sind, zu folgen.

Frauen in antifaschistischer Aktion

(Frauenkorrespondenz)

Sagan. Auf Grund der immer schärfer werdenden Krise ist es wichtig, alle Frauen für den Kampf gegen den Faschismus mobil zu machen und zusammenzufassen. Die hiesige Ortsgruppe der KPD. hat vor einigen Monaten die werktätigen Frauen von Sagan zu einer Frauenversammlung eingeladen, zu welcher fünf Frauen erschienen waren. Von da ab fand regelmäßig alle vierzehn Tage ein solcher Frauenabend statt, und es ist uns gelungen, unter aktiver Mitarbeit der Frauen die Zahl der Frauen auf 27—30 zu steigern. An den Frauenabenden hält ein Parteigenosse das politische Referat, um so die Frauen, die zu 80 Prozent unparteiisch sind, über die politische Lage aufzuklären. Daß die Frauen an der Aufklärung interessiert sind, beweisen die lebhaften Diskussionen. Anschließend spricht dann die Frauenleiterin. Daß sich die Frauen auch praktisch betätigen, beweisen die Vorgänge vor einigen Wochen, wo durch das demonstrative Vorgehen der Massen der Unterstützungsraub verhindert wurde. Waren es doch zum großen Teil Frauen, die sich daran beteiligten und so ein Eingreifen der Polizei verhinderten. Wir hoffen, die noch unorganisierten Frauen bald für uns zu gewinnen. Auf vielfachen Wunsch der Frauen findet der Abend jetzt alle acht Tage statt. Folgt überall unserem Beispiel!

Antifaschisten auf dem Dorf

Weißstein. Am Sonntag gingen 110 Genossen der Partei und des Massenselbstschutzes Weißstein in die Faschistennester Adelsbach und Liebersdorf. Arbeiter-Zeitungen, Illustrierte, Rote Wähler und Broschüren wurden verkauft und Flugblätter und Propagandamaterial verteilt. Außerdem wurden Plakate geklebt. Die in den Orten wohnenden Arbeiter waren über den geschlossenen Marsch durch den ganzen Ort begeistert. Die Faschisten hielten sich versteckt.

Arbeiter von Adelsbach und Liebersdorf, wir kommen wieder!

Aus Niederschlesien

SA.-Terrorbanden wollen in Bunzlau aufmarschieren

ADGB.-Vorsitzender gegen die kämpfende Einheitsfront zur Verteidigung der Arbeiterleben
Wir rufen die Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter zum roten Massenselbstschutz

Bunzlau. Der Wille der Gewerkschaftsmitglieder und sozialdemokratischen Arbeiter zur Herstellung der roten Einheit führte in Bunzlau dazu, daß der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB. sich an die KPD. zwecks Beteiligung an einem roten Gewerkschaftstreffen, das am 21. Juli stattfinden soll, wandte. Selbstverständlich ist die KPD. und die RGO. zu jeder Zeit bereit, sich unter revolutionären Losungen und antifaschistischen Parolen an einem roten Gewerkschaftstreffen des ADGB. zu beteiligen.

Entsprechend dieser Auffassung stellte die Kommunistische Partei in aller Oeffentlichkeit einige Bedingungen für ihre Teilnahme auf, mit denen jeder Antifaschist einverstanden sein kann. Es handelt sich um folgende Forderungen:

1. **Es dürfen nur rote Fahnen mitgeführt werden.**
2. **Die Rede des Vertreters des ADGB. muß vorher dem Kampfausschuß vorgelegt werden, und muß ein klares Bekenntnis zur sofortigen Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Notverordnungen sein.**
3. **Die Demonstration, die einen Kampfcharakter tragen muß, führt folgende Transparente mit:**

„Kämpft für Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. — Streikt gegen jeden Pfennig Lohnraub. — Hinein in den roten Massenselbstschutz. — Verteidigt die Sowjetunion. — Kämpft gegen Exmittierungen. — Gegen Faschistendiktatur den politischen Massenstreik. — Gegen die Arbeitsdienstpflicht. — Gegen das Verbot des Roten-Frontkämpfer-Bundes. — Platz der roten Einheitsfront."

Auf diese klaren antifaschistischen Losungen antwortete der Vorsitzende des ADGB. Hartmann mit einem Flugblatt, indem es abgelehnt wird, nur rote Fahnen zu tragen. Es sollen auch die schwarz-rot-goldenen Fahnen der faschistischen Papen-„Republik" mitgetragen werden. Der SPD.-Redner soll ohne Kontrolle sprechen.

Die Arbeiter haben also nicht die Garantie, ob auch wirklich klar und konkret der Weg des Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Hungernotverordnungen aufgezeigt wird. Schließlich werden in dem Flugblatt die antifaschistischen Forderungen „Hinein in den roten Massenselbstschutz — Verteidigt die Sowjet-Union — Gegen das Verbot des RFB.-Platz der roten Einheitsfront" abgelehnt. Es heißt, das seien nur die „ureigensten Forderungen der KPD."

Gewerkschaftsmitglieder, sozialdemokratische Arbeiter! Ist **die Forderung des roten Massenselbstschutz, der Aufhebung des Verbots des RFB., in dem Moment, wo durch die Mordgarden Hitlers täglich Arbeiter ermordet, wo das Leben der Arbeiter überall bedroht ist, nicht die ureigenste Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse.**

Jawohl, jeder Arbeiter wird erkennen, daß die SPD.-Führer, die in dem Moment, wo täglich Arbeiter niedergeschlagen, erstochen und erschossen werden, sich gegen den roten Massenselbstschutz, gegen die rote Einheitsfront wenden, dem Faschismus Hilfsdienste leisten. Die Gewerkschaftsmitglieder und SPD.-Arbeiter müssen an der Einstellung des Vorsitzenden des ADGB. erkennen, daß die wirklich kämpfende rote Einheitsfront nicht mit, sondern gegen den Willen der Führer der „Eisernen Front" geschmiedet werden muß

Am 24. Juli planen die Mordbanden Hitlers blutige Überfälle auf die Bunzlauer Arbeiterschaft

Die Standarten der SA., 154 von Bunzlau, 5 von Hirschberg und 7 von Liegnitz, sollen an diesem Tage in Bunzlau aufmarschieren. Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft gerade an diesem Tage bereit ist, zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen den faschistischen Terror. Wir rufen alle Arbeiter auf, sich einzureihen in den roten Massenselbstschutz, sich bereit zu halten zur Verteidigung des Arbeiterlebens, zur Verteidigung der Straßen Bunzlaus gegen die faschistischen Terrorbanden.

Schwerbeschädigter Arbeiter auf die Straße gesetzt

Die Tat des SPD.-Landrats Franz — Das Siedlerleben ein elendes Hungerleben!

(Arbeiterkorrespondenz)

Nieder-Salzbrunn. Wie einem Erwerbslosen und Schwerbeschädigten die letzte Lebensmöglichkeit genommen wird, zeigt [illegible]:

Alfred Franke, Nieder-Salzbrunn, hatte ein [illegible] gebaut. Durch die hohen Zinsen [illegible] mit der Zinszahlung [illegible]. Infolgedessen [illegible] Breslau 1931 die Versteigerung des Hauses. Damit dem Franke das Haus erhalten blieb, nahm die [illegible] zurück, da Franke einen Antrag auf [illegible] gestellt hatte, um den Zinsrückstand zu [illegible]. Durch eine Urkundenfälschung des Gemeindebeamten [illegible] Auf eine [illegible] kam nach langer Zeit ein Schreiben vom Landrat Franz unterzeichnet. Hier wurde nicht eine [illegible] zur Rechenschaft gezogen, sondern man drehte den Spieß um [illegible] Franke, er solle beim Striegau Abbitte leisten, [illegible] Strafantrag. Franke dachte im Bewußtsein seines [illegible] keine Abbitte und Striegau im Bewußtsein seiner Schuld [illegible]. Aber damit doch etwas unternommen wurde, klagte man Frau Franke eine Beleidigungsklage auf, welche kläglich [illegible] zusammenbrach. Dem Herrn Franke [illegible] die Zurücknahme der Versteigerung nicht in seine großzügigen Pläne. [illegible] beantragte die Gemeinde Nieder-Salzbrunn im Januar 1932 abermals die Versteigerung wegen 190 Mark. Bei der [illegible] Versteigerung erhielt der Kreis mit 5750 Mark den Zuschlag. Franke hatte nun gehofft, daß er das Haus vom Kreis in Pacht oder Kauf erhalten könnte, weit gefehlt. Landrat Franz verkaufte seine Ware mit dem billigen Häuschen. Er holte einen [illegible] aus Reichenbach und kam am 30. Juni [illegible] zu Franke, mit dem angeblichen neuen Besitzer Schneider und sagte:

„Dies ist der neue Besitzer. Sie müssen morgen raus!"

Auf Vorhaltungen, daß dies unmöglich und unmenschlich sei, einen Schwerbeschädigten und Erwerbslosen ohne weiteres auf die Straße zu setzen, gab er dann Frist bis zum 15. Juli. Franke versuchte dann nochmals am 1. Juli den Landrat persönlich umzustimmen, mit dem Erfolg, daß Landrat Franz sagte: „Nein, Sie müssen raus!" Auf die Frage, was denn mit dem angepflanzten Gemüse und Kartoffeln geschehen soll, ob er das abernten könne, sagte er: „Das geht mich nichts an, reißen Sie es raus." [illegible] Franke ist auch die jetzige [illegible] des Erbbaurechts, nachdem der Landrat Franz das Haus erworben hat. Franke wollte seinerzeit das Erbbau-Grundstück für 2500 Mark kaufen, damit er billiges Geld aufnehmen konnte. Es blieb beim Versuch und Franke mußte Geld zu hohen Zinsen übernehmen. Heute da gibt man das Erbbaurecht für 200 Mark frei, weil es [illegible] sind, welche das Haus billig in der Versteigerung erworben haben. Auf der einen Seite propagiert die Reichsregierung Arbeitslose, welche in den Erwerbsprozeß nicht eingereiht werden können, anzusiedeln, [illegible] Siedlung [illegible] geschaffen ist, nimmt man dem Schwerbeschädigten aus Eigennutz das Grundstück weg, damit er auf der Straße liegt. Landrat Franz ist ein Sozialdemokrat! Die Invaliden können an diesem Vorgang ersehen, daß die SPD.-Führer zu allem fähig sind, nur nicht zur Vertretung der Interessen der Armen. Die Invaliden und alle Siedler wählen daher am 31. Juli die KPD., Liste 3.

Die Polizei blamiert sich

Das Maschinengewehr in der Schokoladenkiste

Schreiberhau i. Rigb. Ein Bravourstückchen leistete sich die Schreiberhauer Polizei, indem sie auf Anordnung der Nazi bei einigen Genossen Haussuchung auf ein nicht vorhandenes Maschinengewehr vornahmen. Zu 6 Mann hoch, (4 Polizisten und 2 Nachtwächter) rückten sie zunächst dem Genossen Poleiter auf die Bude. Schränke, Betten, Kleider, kurzum alles wurde auf der Jagd nach dem nichtvorhandenen Maschinengewehr durchwühlt. Die Frau des Genossen wollte man zwingen, ein Geständnis abzulegen, wo das Maschinengewehr liegt, kurz entschlossen erklärte die Genossin, wir kämpfen nur mit geistigen Waffen. Getrübt durch den Mißerfolg, zogen sie zum nächsten Haus, zum Genossen Pawlick. Gute Nachbaren hatten beobachtet, daß der Spediteur dem Genossen Pawlick eine Kiste gebracht hatte, darin konnte doch nur das Maschinengewehr sein. Als die Frau des Genossen P. der Polizei noch erklärte: Jawohl, der Spediteur hat eine Kiste gebracht, frohlockten die Suchenden, und der Oberpolizist meinte: Na, da ist ja die Sache schon geklärt, da haben wirs ja. Als aber Frau Pawlik sagte, daß die Kiste nicht an sie, sondern an die Flurnachbarin, eine Sendung Schokolade und Kaffee war, wurden die Gesichter der guten Polizei immer länger, trotzdem wurde eifrig weitergesucht, alles durchwühlt, rausgeschmissen und liegen gelassen, selbst vor dem Kaninchenstall machte man nicht halt, wieder glaubten sie dort im Heu auf etwas hartes zu stoßen, doch es war nur die Rückenwand vom Stall. Was blieb nun den 6 Mann übrig, als geschlossen wieder abzuziehen. Jetzt meinte man, das Maschinengewehr könne vielleicht aus Silber sein, und deshalb ging es im Eiltempo zum Silber-Liebig, dem Leiter des Erwerbslosen-Ausschusses, freundlich und höflich, wie es seine Art ist, stellte dieser sein Haus zur Durchsuchung nach dem Maschinengewehr der Polizei zur Verfügung. Inzwischen hatten sich auf der Straße eine Menge Leute gesammelt, die darauf warteten, daß man das nichtvorhandene Maschinengewehr angeschleppt bringen würde. Inzwischen suchte die Polizei fieberhaft von oben bis unten und wieder von unten bis oben, das ganze Haus durch, wieder ohne den geringsten Erfolg. Doch noch ist ihre Sucht nach dem Maschinengewehr nicht befriedigt. Jetzt machen sie sich auf den Weg nach Mittel-Schreiberhau, zu einem Genossen, da dieser nicht anwesend ist, muß ein Polizist das Haus bewachen, bis der Genosse zurückkommt. Auch er muß eine Haussuchung über sich ergehen lassen, der Erfolg gleich Null! Jetzt erst merken die Polizisten, daß sie von den Nazis genasführt worden sind, und geben die Sucherei auf. Diese ganze Vorfall beweist die schlotternde Angst der Nazi und ihrer Beschützer vor der roten Einheitsfront, in der SPD.- und KPD.-Genossen Schulter an Schulter gegen die faschistische Mordpest kämpfen. Wohl am ehesten wäre es angebracht, in den Reihen der Faschisten nach Mordwerkzeugen zu suchen. Allen Arbeitern aber rufen wir zu, schließt die rote Einheitsfront, zeigt dem Faschismus die Faust.